Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher d. Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnementsabteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Siebenundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle, auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17. Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 25. **Halle a. S., Donnerstag, den 16. Januar.** **1913.**

Mb. Deutscher Reichstag.

91. Sitzung, Mittwoch, den 15. Januar.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Delbrück.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Der Etat für das Reichsamt des Innern.

(Dritter Tag.)

Abg. Frhr. v. Gamp (Rp.):

Namens meiner Freunde habe ich zunächst unserer Entrüstung über das Auftreten des Reichstagsabgeordneten Wetterlé Ausdruck zu geben. (Lebhafter Beifall.) Nach zuverlässigen Mitteilungen hat Wetterlé auf französischem Boden die Revanchegesinnung der französischen Bevölkerung in einer Weise aufgereigt, wie es dieschlimmsten französischen Chauvinisten nicht hätten tun können. (Zustimmung.) Auch die Genossen Wetterlés im elsaß-lothringischen Landtag haben bereits ihre Empörung und Mißbilligung zum Ausdruck gebracht, und zwar auf Anregung unseres Parteifreundes Höfel, dem wir dafür besonderen Dank schulden. Die Geschäftsordnung des Reichstags läßt es nicht zu, eine ähnliche Kundgebung hier herbeizuführen.

Aber man muß es aussprechen, daß ein Mann, der so auftritt, wohl selbst einsehen müßte, daß für ihn im Deutschen Reichstage kein Platz ist. (Lebhafte Zustimmung.) Die Entwicklung der Verhältnisse in Elsaß-Lothringen erfüllt jeden Vaterlandsfreund mit ernster Sorge. Ein Teil meiner Parteifreunde hat damals auch für die elsaß-lothringische Verfassung gestimmt. Aber ich weiß nicht, ob die Väter dieses Gesetzes besondere Freude über seine Entwicklung empfunden werden. Jedenfalls ist es dringend erforderlich, an der Hand eines zuverlässigen und vollständigen Materials diese wichtige Frage zu besprechen. Sie berührt die Interessen des ganzen Reiches. Wir werden beim Etat des Reichskanzlers den Wunsch zum Ausdruck bringen, daß uns möglichst bald dieses Material vorgelegt wird, damit wir noch in dieser Session darüber beraten können.

Nun zu den Rednern des Hauses, zunächst den Sozialdemokraten. Ich befasse mich mit ihnen zuerst, weil sie die stärkste Fraktion sind, nicht aber, weil der Inhalt ihrer Reden den Vortritt bedingt. Die Sozialdemokraten haben wieder in ihrer höhnischen Art unsere ganze Sozialpolitik in den Staub gezogen. Man kann sie auch nicht mit Engelszungen zu einer objektiven Würdigung der Verhältnisse veranlassen.

Die sozialen Gesetze, die unter dem jetzt unter uns sitzenden Staatssekretär Graf Posadowsky zustande gekommen sind, darf man nicht lächerlich machen, wie es die Sozialdemokraten tun, denn sie erfüllen große ideale Aufgaben. Die neuen Gesetze verlangen aber Zeit, um sich einzuleben. Jedenfalls sind wir weiter in der sozialen Versicherung als die republikanischen Staaten. Eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit haben wir schon in großem Umfange auf Kosten der Arbeitgeber, nämlich für die gesamte landwirtschaftliche Arbeiterschaft des Ostens. Es ist eine Tatsache, daß der gelernte Industriearbeiter besser lebt und sich besser ernährt als der kleine Handwerker und Bauer. (Sehr richtig! rechts.) Ein Schutz der Arbeitswilligen ist eigentlich selbstverständlich. Selbst die Arbeitgeber sind schließlich auch Menschen. Das Interessanteste an den Ausführungen des Grafen Westarp war mir, daß auch die republikanische Schweiz Bestimmungen zum Schutz der Arbeit hat, und ebenso Amerika. Dem Abg. Müller-Meiningen ist doch entgegenzuhalten, daß unsere Industrie, unsere Handwerks- und Handelskammern fast einmütig einen verstärkten Schutz der Arbeitswilligen fordern. Der Staatssekretär kann sich aus der Lektüre ihrer Berichte besser informieren, als es bisher der Fall gewesen zu sein scheint. Es ist überzeugend dargetan, daß wir weitere Maßregeln verlangen müssen.

Es braucht dazu keiner Ausnahmegesetzgebung; wir wollen nur einen besseren materiellen Schutz der Arbeitswilligen. Wir wollen abwarten, wie der Landestag sich dazu äußern wird. Die Liebenswürdigkeiten des Abg. Fischer will ich nicht erwidern, nur die Verdächtigung, daß das Reichsgericht immer ein Instrument der Regierung sei, weise ich zurück. Der Abg. Dr. Müller-Meiningen hat die preußische Wahlreform eine große deutsche Frage genannt. Nun, vor einigen Jahren, als Herr v. Oldenburg hier das bayerische Wahlrecht abfällig besprach, protestierte der bayerische Gesandte sehr entschieden dagegen. (Zuruf des Abg. Müller-Meiningen: es war noch etwas anderes dabei!) Das mag sein, ich erinnere an das Wort Bismarcks: die preußischen Verhältnisse sind wie eine Wollsäcke, zuerst kratzt sie ein wenig, dann fühlt man sich darin sehr wohl. (Heiterkeit.)

Schon Bennigsen hat gesagt, daß die Herren aus Süddeutschland über Preußen mitreden, ohne es zu verstehen. Dr. Müller-Meiningen sollte sich doch ins Abgeordnetenhaus wählen lassen, dann hätte er die richtige Legitimation. Ein preußisches Oberlandesgericht wird sich vielleicht seine eminente Kraft auch nicht entgehen lassen (Heiterkeit.) Wenn er sich auf den Prinzregenten in der Wahlrechtsfrage beruft, so provoziert er das Zentrum geradezu, sich in anderen Dingen, wo der Regent seiner Meinung ist, sich auf ihn zu berufen. Mi. dem Kampf gegen die Sozialdemokratie möge sich der Staatssekretär doch recht eingehend beschäftigen. Wenn die Sozialdemokratie unser Volk aufrüttelt, so daß es sich auf sich selbst besinnt und die bürgerlichen Parteien sich zusammenfinden, so wird ihr Vorgehen auch zum Segen für unsere anderen Arbeiter werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Irl (Ztr.):

Wie kommt Herr Müller dazu, uns Wetterlé an die Rockschöße zu hängen. Wetterlé ist nicht Mitglied des Zentrums. Herr Dr. Müller-Meiningen sollte an die Nase seines eigenen Parteifreundes Blumenthal fassen. Was Herr Müller-Meiningen über den Erlaß des bayerischen Kriegsministers gesagt hat, paßte gar nicht zu seinem sonstigen scharfen Vorgehen. Also heraus, Herr Müller, mit diesem Spaltpilz! Der Redner spricht über den Schutz des selbständigen Mittelstandes. Der Reichstag ist dafür, er hat keine Schuld, wenn nichts geschieht; aber die verbündeten Regierungen haben mit wenigen Ausnahmen nichts in der Sache getan. Immer heißt es nur: „Erwägungen schweben." Müssen wir denn immer warten, bis es zu spät ist? Ueberall hat man sonst Vorbeugungsmittel. Nur der Mittelstand muß warten. Gewiß, Staatshilfe tut es nicht allein. Gerade für den gewerblichen Mittelstand gilt das Wort: Arbeiten und nicht verzweifeln! — Aber man darf den Mittelstand doch nicht geradezu als Aschenbrödel behandeln.

Die Regierung betont immer ihr Wohlwollen, aber die Gelder, die dem Mittelstand zu gute kommen sollen, werden von den Beamten nicht immer in richtiger Weise angewendet. Die Marine- und andere Verwaltungen, die Lieferungen brauchen, sollten sich an die Handwerker direkt wenden. Diese Bestrebungen werden von hoher Stelle unterstützt. Deshalb sollten Beamte, die nicht so verfahren, bei Beförderungen und Auszeichnungen übergangen werden. Es ist kein Wunder, wenn auf Handwerkertagungen, wie in Würzburg, einmal kräftige Worte dagegen gesagt werden, deswegen brauchen die Regierungsvertreter nicht gleich empfindlich zu werden. Auch wir müssen einen energischen Schutz der Arbeitswilligen verlangen. Wie viel Arbeiter müssen ihre Stelle verlassen, weil sie nicht einer sozialdemokratischen Organisation angehören wollen. (Hört, hört! und sehr richtig! im Zentr.) Dieser Terrorismus schadet nicht bloß den Arbeitern, sondern auch dem Handwerk selbst. (Sehr richtig! im Zentr.) In einem Fall mußte ein verheirateter älterer Geselle, der Meister gewesen war, so seine Arbeit verlieren, weil er nicht den freien Gewerkschaften beitreten wollte. Zum Schutz der Arbeitswilligen ist nicht ein Ausnahmegesetz nötig. Wir bitten um baldige Vorlage einer Gewerbegesetznovelle bezüglich der Handwerker im Sinne der Denkschrift des letzten Handwerkskammertages. Dringend notwendig ist die Einführung des zweiten Teils des Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen. Der Gewerbestand muß endlich die Bedeutung der Kreditgenossenschaften erkennen und darauf dringen, daß diese Genossenschaften sich noch mehr zusammenschließen. Wenn der Bundesrat nicht endlich einmal wenigstens unsere dringendsten Forderungen erfüllt, dann können wir nicht glauben, daß es ihm ernstlich darum zu tun ist, den Mittelstand vor dem Untergang zu bewahren.

Präsident Dr. Kaempf

macht den Redner nachträglich darauf aufmerksam, daß es parlamentarisch unzulässig ist, wenn auch bedingt, ein Mitglied des Hauses als unehrlich zu bezeichnen, wie es der Redner gegenüber den gestrigen Ausführungen des Abg. Dr. Müller-Meiningen getan hat.

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Ich will heute nur über die Sozialpolitik sprechen. Auf diesem Gebiet hat besonders meine Rede vom 10. Dezember vorigen Jahres im Mittelpunkt der Erörterungen gestanden. Diese Rede aber hatte nur den Zweck, die Grenzen des Koalitionsrechtes und der Gültigkeit des Reichsvereinsgesetzes festzulegen. Meine juristischen Ausführungen sind bisher nicht widerlegt worden. Gegenüber Dr. Müller-Meiningen hebe ich ausdrücklich hervor, daß sich meine Auffassung von den Grenzen der Gültigkeit des Reichsvereinsgesetzes ausdrücklich deckt mit der Auffassung, die er in einem Kommentar zum Reichsvereinsgesetz niedergelegt hat. (Hört! hört! im Zentrum.) Richtig ist, daß ich mich in meiner damaligen Rede nicht auf die Konsequenzen eingelassen habe, die sich daraus für die Chefs der einzelnen Reichsressorts und für die Bundesstaaten etwa ergeben könnten. Das war nicht meine Absicht und ist nicht meine Aufgabe.

Ich habe immer nur die Grundsätze festzulegen, nach denen die Reichsgesetze in den Bundesstaaten anzuwenden sind. Wie das im einzelnen zu geschehen hat, ist Sache der einzelnen Bundesstaaten. Ich brauche nur einzuschreiten, wenn grundsätzliche Abweichungen von der Auffassung des Reichskanzlers vorliegen. Das gilt auch für die Handhabung durch die Chefs der einzelnen Reichsressorts. Diese Handhabung wird geübt durch die Verantwortlichkeit des unmittelbar beteiligten Ressortschefs. Es ist unzutreffend, wenn mir der Abg. Fischer vorgeworfen hat meine Ausführungen hätten eine Verneinung des Koalitionsrechtes bedeutet, ja, sie hätten das Koalitionsrecht mit einem Schlage vernichtet. Das Gegenteil ist der Fall. Ich habe nur die Grenzen festgelegt, die für das Koalitionsrecht bestehen und auch die Grenzen für das Koalitionsrecht der Beamten und Staatsarbeiter habe ich keineswegs ungünstig gezogen. Auch für diese Staatsarbeiter und Beamte soll das Koalitionsrecht an sich nicht beeinträchtigt sein. Aber um der ewigen Streiterei über dieses Koalitionsrecht in unserem beiderseitigen Interesse ein Ende zu machen habe ich versucht, einmal festzulegen, wo die Grenzen gezogen sind. Damit kommen wir viel weiter, als wenn von Ihrer (nach links) Seite immer versucht wird, über diese Grenzen hinaus ein Koalitionsrecht zu konstruieren, das nicht besteht.

Dieser Versuch ist auch deshalb zu beklagen, weil dadurch die Regierung in der Behandlung dieser Frage in eine Kampfstellung gedrängt wird, und weil aus der dauernden Abweisung unberechtigter Angriffe eine gewisse Unfreundlichkeit aus unseren Aeußerungen herauszulesen werden kann, die nicht beabsichtigt ist. Ferner aber wird das Streben nach einer liberalen freundlichen und entgegenkommenden Handhabung der fraglichen Bestimmungen sicher nicht gesteigert, wenn hier fortgesetzt der Vorwurf erhoben wird, daß die Handhabung in einer das Recht und die guten Sitten verletzenden Weise geschieht. Auch meinen Ausführungen über die Enzyklika habe ich nichts hinzuzufügen. Ich habe nichts zu ändern und nichts in Abrede zu stellen. (Hört, hört! links.) Was ich gesagt habe, ist auch in keiner Weise widerlegt worden. Nun hat Dr. Müller-Meiningen gestern weitgehende Konsequenzen auf kirchenpolitischem Gebiet gezogen. Er hat aber selbst hinzugefügt, daß nach seiner Ansicht ich wohl selbst an diese Konsequenzen nicht gedacht habe. Das ist richtig. (Heiterkeit.)

Es fehlte für mich jede Veranlassung, solche Konsequenzen zu ziehen, und ich ziehe sie auch heute nicht. Ja, ich lehne ihre Berechtigung hiermit ausdrücklich ab. Dr. Müller-Meiningen hat dann von unseren Verhandlungen mit der Kurie gesprochen. Es ist nicht üblich, von derartigen diplomatischen Verhandlungen ohne Zustimmung des anderen Teils Mitteilungen zu machen. Es genügt mir auch die Feststellung, daß wir in dem Gewerkschaftsstreit vermittelnd eingegriffen und in Rom zugunsten der interkonfessionalen christlichen Gewerkschaften gewirkt haben, und zwar schon, bevor die Enzyklika erlassen war. Wir sind der Ansicht, daß die Enzyklika den Willen der Kurie erkennen läßt, den katholischen Arbeitern den Beitritt zu den christlichen Gewerkschaften nicht zu erschweren, so daß das Fortbestehen der christlichen Gewerkschaften in der bisherigen Form gesichert erscheint.

Ueber die Frage des Schutzes der Arbeitswilligen habe ich mich bereits im vergangenen Jahre eingehend geäußert und stelle zur Vermeidung von Mißverständnissen ausdrücklich fest, daß das, was ich damals gesagt habe, auch heute noch meine Meinung und die der fast beteiligten Ressorts insbesondere aber auch des Herrn Reichskanzlers ist. Ich habe erklärt und wiederhole es, daß ich ein Verbot des Streikpostenstehens für ein untaugliches Mittel zur Bekämpfung der Uebelstände ansehe, deren Vorhandensein ich mit Ihnen anerkenne. Der Terrorismus, der den Arbeitswilligen und ihrer Familie das ganze Leben verbittert, wird nur zum ganz kleinen Teile durch die Streikposten ausgeübt. Größtenteils sind es zahllose andere Leute, Spaziergänger, zum Markte fahrende Frauen, Kinder, es geschieht in den Werkstätten, auf den Korridoren in den gemeinsamen Waschräumen in den Konsumvereinen und Restaurants, ganz abgesehen davon, daß es überaus schwer ist, den Tatbestand des Streikpostenstehens einwandsfrei festzustellen. Daraus folgt, daß man die Erscheinungen, zu denen auch die Belästigung der Arbeitswilligen durch die Streikposten gehört, wirksam nur bekämpfen kann durch eine systematische Aenderung unserer Strafbestimmungen über Beleidigungen, Körperverletzungen usw. Wenn der Ausarbeitung dieser Bestimmungen nicht gearbeitet und ich halte es nicht für richtig, sie, herausgerissen aus dem System, einzeln hier zur Verhandlung zu bringen.

Wie auch immer der Reichstag zusammengesetzt sein mag, würde hier der Versuch scheitern, eine Einigung über die wirksame Ausgestaltung dieser Materie zu erzielen. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß wir indirekt mit den besonderen Bestimmungen des § 153 Strafgesetzbuch auskommen, um Ausschreitungen von Streikposten während eines Streikes zu verhindern. Das bestätigen die Vorgänge im Ruhrrevier. Ich habe nach Prüfung der zahlreichen Strafverfolgungen aus Anlaß dieses Streikes den Eindruck gewonnen, daß alle diese Fälle, auch wenn ein Verbot des Streikpostenstehens bestünde, zur gerichtlichen Verantwortung gezogen worden wären. Es sind etwa 2000 Anklagen erhoben worden (Hört! hört! b. d. Soz.), und es hat sich in vielen Fällen in ganz überwiegendem Maße um Ausschreitungen von Streikenden gegenüber Arbeitswilligen gehandelt, während umgekehrt eine verhältnismäßig geringe Zahl von Ausschreitungen Arbeitswilliger zur Kenntnis gekommen sind. Charakteristischerweise bezog sich ein großer Teil der Verurteilungen auf Jugendliche.

Sie beteiligten sich an allen Unternehmungen gegen Arbeitswillige, aber niemals als Beauftragte einer Gewerkschaft. Sehr zahlreich sind auch die Verurteilungen von Frauen, ungefähr 400, die in der Regel auch nicht Streikposten stehen, sondern mehr als Franctireurs verwendet werden. Schwere Vergehen sind verhältnismäßig selten vorgekommen, abgesehen von einzelnen Fällen. Die schweren Vergehen waren der Hauptsache nach Widerstand gegen die Staatsgewalt gegen Beamte und Militär. Alle diese Delikte sind hervorgerufen durch den Schutz, den Militär und Polizei den Arbeitswilligen angedeihen lassen mußte. Charakteristisch für die Schwierigkeit der Bekämpfung dieser Streiks und ihrer Nebenerscheinungen ist der Umstand, daß in diesen Fällen ein großer Teil der Arbeiterschaft entschlossen ist, die Arbeit nicht niederzulegen, und daß dieser arbeitswillige Teil von Streikenden allseitig rücksichtslose Behandlung erfährt.

Ich habe es abgelehnt, durch ein besonderes Gesetz das Streikpostenstehen zu verbieten, weil es erfolglos sein würde. Aber gerade die Vorgänge im Ruhrgebiet beweisen doch, daß diejenigen recht haben, die behaupten, daß in erhöhtem Maße Klagen über Belästigung der Arbeitswilligen laut werden, nicht bloß seitens der Arbeitgeber, Behörden und Beamten, sondern in ganz außerordentlich hohem Maße von seiten der durch die Belästigungen betroffenen Arbeiter selbst. Im vorigen Frühjahr ist kein Tag vergangen, wo nicht Stöße von Depeschen bei mir eingegangen sind, die um Schutz gegen die Ausschreitungen der Streikenden baten. (Hört, hört! rechts. — Unruhe bei den Soz.) Wo Rauch ist, ist auch Feuer, und wir haben die Pflicht, das Feuer zu löschen. Und Sie (zu den Soz.) haben nicht das Recht, über scharfmacherische Tendenzen bei Regierung und Arbeitgebern zu klagen, wenn wir solchen Uebelständen unsere Aufmerksamkeit zuwenden. Noch eins, wenn der Ruf nach Beschränkung der Koalitionsfreiheit immer stärker in diesem Hause ertönt, so hat das einen sehr einfachen Grund: Niemand wird angegriffen und gibt Anlaß zu Beschwerden, der das ihm zustehende Recht in einer Weise ausübt, die nicht den Rechten anderer, der Freiheit und dem Selbstbestimmungsrecht, der Gesundheit und dem Leben anderer zu nahe tritt.

Sie können wohl auch bei Ihren Leuten dahin wirken, daß sie sich in Formen bewegen, die die Freiheit anderer nicht antasten und nicht zahlreiche Konflikte mit den Staatsgesetzen herbeiführen. Dann würde kein Mensch in diesem Hause auf den Gedanken kommen, das Koalitionsrecht beschränken zu wollen. (Lärm und Lachen bei den Soz., lebhafter Beifall.) Ich möchte das doch bei dieser Gelegenheit mit allem Nachdruck feststellen. (Lachen bei den Soz.) Die Polizei war nötig und erste in immer stärkerem Maße herbeigerufen werden, infolge der fortgesetzt sich steigernden Klagen. (Lärm bei den Soz.) Es ist wieder einer der Fälle, von dem man mit Fug und Recht sagen kann, daß das Hauptkindernis für eine gesunde und normale Fortführung unserer Sozialpolitik bei Ihnen (zu den Soz.) liegt, in der Art, wie Sie Ihr vermeintliches Recht vertreten und wie Sie Ihr vermeintliches Recht verquicken mit utopischen politischen Forderungen. (Zustimmung rechts. Lärm bei den Soz.)

Ich komme nun zu den Ausführungen des Abg. Fischer zur Sozialpolitik im allgemeinen. Ich war darauf gefaßt, daß man der Regierung Untätigkeit vorwerfen würde, aber die Begründung dieses Vorwurfs hat mich eigentlich enttäuscht. Wenn man aus seinen Ausführungen das pikante Moment ausscheidet, daß ein Teil der Korrespondenz zwischen mir und dem preußischen Minister des Innern dabei verwendet wurde, so bleibt verhältnismäßig wenig übrig. Denn wesentlich auf diese Korrespondenz, die einen ganz anderen Gegenstand behandelt, baut Abg. Fischer die Darstellung auf, daß das Reichsamt des Innern und die Reichsregierung unfähig seien zu einer selbständigen sozialpolitischen Aktion, sondern abhängig von der preußischen Regierung. Er beweist unsere Unfruchtbarkeit mit einigen fünf bis sechs Punkten, die Arbeiterverhältnisse in der Binnenschiffahrt, in der Hausindustrie, in den Waschanstalten, dann mit der Nachtarbeit in den Bäckereien und der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Diese Unfruchtbarkeit zeige sich vor allem darin, daß die Zahl der Verordnungen, die der Bundesrat auf Grund des § 104e der G.-O. erlassen kann, in der letzten Zeit sehr gering, daß im letzten Jahre überhaupt keine solche Verordnung ergangen ist.

Bezüglich der Binnenschiffahrt erscheint, wie ich im Vorjahre schon gesagt habe, es zweckmäßiger, nicht eine generelle Regelung für alle Stromgebiete zu treffen, sondern stromgebietsweise vorzugehen. Hierüber haben Verhandlungen mit den betreffenden Bundesregierungen stattgefunden. Auf Grund dieser

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19130116018/fragment/page=0001

Materials sollen die erforderlichen Vorschriften für den Rhein erlassen werden. Das Gesetz über die Heimarbeit ist erst am 1. April 1912 gegangen und erfordert in seiner Durchführung eine ganze Reihe von Vorbereitungen. Die §§ 3 und 4, die auf Grund einer allerhöchsten Verordnung erst später in Kraft gesetzt werden sollen, können erst dann in Kraft gesetzt werden, wenn wir über die Anträge auf Befreiung — es liegen bis jetzt 16 solcher Anträge vor — beschlossen haben. Die Anregungen für die Bildung von Fachausschüssen gehen zweckmäßig von den Bundesstaaten aus. Bei mir ist nur ein Antrag aus der Konfektionsindustrie in Berlin eingegangen, den ich sofort an Preußen abgegeben habe. Der preußische Handelsminister wird wahrscheinlich mit einer nicht unerheblichen Anzahl von Anträgen auf Bildung von Fachausschüssen an den Bundesrat herantreten; in den neuen Etats sind hierfür schon Mittel eingestellt.

Die Verhältnisse in der Zigarrenhausindustrie sollen in demselben Sinne geregelt werden, wie dies seinergeit in dem Gesetzentwurf für die Tabakarbeiter vorgelegen hat. In der Einschränkung der Nachtarbeit und Sonntagsarbeit in den Bäckereien sind wir schon an die Grenze des Möglichen gegangen, sowohl mit Rücksicht auf die Interessen des Betriebes wie der Konsumenten. Wir können zur Zeit nicht weiter gehen. Wenn ein Gewerbeinspektor auf Grund seines Bezirkes die Möglichkeit der Beseitigung der Nachtarbeit behauptet hat, so müssen dort eben die Verhältnisse ganz besonders liegen. Erst wenn sich unsere bisherigen Bestimmungen eingebürgert haben, können wir generell mit Einschränkungen weiter vorgehen. Der Entwurf über die Sonntagsruhe liegt dem Bundesrat schon vor. Ich habe schon erwähnt, weshalb er noch nicht vorgelegt werden kann. Von mehreren Seiten ist eine Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Großeisenindustrie verlangt worden.

Wir haben uns damit erst in der Verordnung von 1908 befaßt und es wäre voreilig, wenn wir jetzt schon etwas ändern wollten an dieser Verordnung, ehe man ihre praktischen Wirkungen recht übersehen kann. Die Verordnung hat auch indirekt schon zu einer Verminderung der Ueberarbeit geführt, denn die Betriebsleiter sagten, sie hätten bei ihren Ermittelungen zu ihrem Erstaunen gefunden, daß weit mehr Ueberarbeit geleistet wurde, als sie selbst für angezeigt hielten. Tatsächlich ist nur eine regelmäßige zehnstündige Arbeitszeit festgestellt worden, die durch längere Pausen unterbrochen wird, während im Ausland bis vor kurzem meist eine zwölfstündige Arbeitszeit ohne Pausen bestand. Ob eine Verlängerung der Mindestruhezeit und der Pausen sich ermöglichen läßt, kann ich heute nicht sagen, wir werden uns jedenfalls damit befassen. Es ist im vergangenen Jahre von der äußersten Linken beklagt worden, daß so wenig Bundesratsverordnungen auf Grund des § 120e der Gewerbeordnung ergangen sind. Das ist doch nicht ganz zutreffend. Wir haben einen großen Teil der schwebenden Fragen durch solche Bundesratsverordnungen geregelt und sind nicht in der Lage, in jedem Jahre neue Betriebszweige herauszufinden, bei denen eine solche Regelung notwendig wäre.

Der Abg. Fischer hat ja schließlich auch nur das Fehlen eines Gesetzes über die Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe beklagen können. Das wundert mich gar nicht, denn wir haben auf dem Gebiete der Sozialpolitik eine so starke gesetzgeberische Tätigkeit entfaltet, daß hier eine gewisse Ruhe notwendig ist. Wir haben das Gebiet der sozialen Versicherung bis zur äußersten Grenze ausgedehnt, wir haben sogar die Angestellten hineingezogen. Es ist ja möglich, daß im Laufe der Jahrzehnte bei veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen die Gehaltsgrenze geändert werden können, aber vorläufig ist ein gewisser Abschluß gefunden. Es ist nicht berechtigt, das Maß der sozialen Fürsorge zu messen an der Zahl der Bundesratsverordnungen, die auf Grund des § 120 ergangen sind. Es ist ein Vorteil, daß solche Dinge nicht nur durch den Bundesrat, sondern durch die Landeszentralbehörden, durch Polizeiverordnungen und dergleichen erledigt werden können, und das ist geschehen.

Man kann tatsächlich nicht behaupten, daß der Bundesrat unfruchtbar sei auf sozialpolitischem Gebiete und noch weniger behaupten, daß die Bundesstaaten ihn hinderten, auf sozialpolitischem Gebiete seine Tätigkeit zu entfalten. Daß bei den Bundesstaaten gelegentlich andere Auffassungen als bei der Zentralstelle des Reiches in Erscheinung treten, liegt in der Natur der Dinge, ebenso häufig kommt es aber vor, daß Bundesstaaten geneigt sind, weiterzugehen, als es uns an der Zentralstelle möglich ist. Es ist schwierig, auf Grund des § 120e der GO. komplizierte und vielseitige Industriebetriebe wirksam zu fassen. Es werden dauernd Beschwerden geführt, daß wir nicht genug zum Schutze der Arbeiter in der chemischen Industrie tun. In der chemischen Industrie gibt es eine ganze Menge Betriebe, die verhältnismäßig ungefährlich sind, einzelne sind zweifellos mit besonderen Gefahren für die Arbeiter verbunden, und für diese speziell ist das Erforderliche auf Grund des § 120e veranlaßt. Für eine Reihe anderer Betriebe sind Anweisungen ergangen, weil jeder Versuch, da generell vorzugehen, an der Eigenart der Betriebe scheitert. Ich glaube, dargetan zu haben, daß wir in der Fortentwickelung und Weiterführung unserer Tätigkeit auf sozialpolitischem Gebiete nicht nachgelassen haben. Auf ein interessantes Moment möchte ich noch hinweisen.

In den Vereinigten Staaten hat sich aus Anlaß der letzten Präsidentenwahl eine neue Partei gebildet, und das Programm dieser neuen Fortschrittspartei in Nordamerika fordert unter anderem: Verbot der Kinderarbeit, Maximalarbeitstag von 8 Stunden, Fürsorge für den Fall einer Krankheit und Arbeitsunfähigkeit der Arbeiter, besondere Fürsorge für die Heimarbeiter, Beseitigung des Unwesens auf dem Gebiete der Stellenvermittlung, Maßnahmen zur besseren Verteilung der Arbeiter innerhalb der verschiedenen Distrikte des Staates, also eine Regelung des Arbeitsnachweises, ferner einen Ausbau der Koalitionsfreiheit und schließlich ein selbständiges Arbeitsamt. Sie werden zugeben müssen, daß die Mehrzahl dieser Forderungen bei uns, wenn nicht erfüllt, so doch in Angriff genommen sind und erfolgreich weitergeführt werden. In dem republikanischen Nordamerika ist auf dem Gebiet der Arbeiterfürsorge vieles noch nicht geschehen, was wir in unserem angeblich rückständigen Deutschland seit langem haben. Diese ganze sozialpolitische Gesetzgebung bei uns ist zudem garnicht aus Ihrer Initiative entsprungen, sondern die Initiative dazu ist von der Reichsregierung ausgegangen. (Lachen bei den Soz.)

Die Regierung hat die ersten sozialpolitischen Gesetze im Kampfe beinahe gegen alle Parteien des Reichstags durchführen müssen, und es hat eine ganze Weile gedauert, bis Sie (zu den Soz.) sich entschlossen haben, an diesen Gesetzen mitzuarbeiten. Der Vergleich, den ich eben mit Amerika gezogen habe, sollte in uns allen das Bewußtsein stärken, daß wir allen Anlaß haben, mit unseren heimischen Verhältnissen zufrieden zu sein. Es zeigt, daß unser konstitutioneller Staat, der den alten Staatsgedanken der absoluten Monarchie in sich aufgenommen hat, und damit die Vorstellung, daß es für jeden Staat ein hohes Maß sittlicher Pflichten zu erfüllen gibt, besser gearbeitet hat, als das klassische Land der Demokratie, die Vereinigten Staaten. Sie erschweren nur die Entwicklung bei uns, wenn Sie immer geneigt sind, das Ideal im Ausland zu suchen und das Ausland auf Kosten Ihres Vaterlandes zu loben und zu umschmeicheln.

Zum Schluß noch eine kurze Bemerkung: Ich will hier in diesem Hause keine Kritik üben an dem Verhalten eines Mitgliedes, aber ich danke allen denen, die so entschlossen und tapfer gestern und heute ihre Abneigung gegen ein Treiben Ausdruck gegeben haben, wie wir es erlebt haben. (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. Graefe (Kons.):

Ich habe den Mut, als Vertreter meiner Partei den gestrigen Ausführungen des nationalliberalen Redners über die Mittelstandspolitik entgegenzutreten. Es ist eigenartig, daß ausgerechnet ein Mitglied der Partei uns die Mittelstandsfreundschaft abspricht, für die wir auf diesem Gebiete vorbildlich gewesen sind. Wir haben zu einer Zeit die Mittelstandsfrage im Sinne des Handwerks und des kleinen Gewerbes bereits vertreten, als die Nationalliberalen noch für das freie Spiel der Kräfte sich begeisterten, als es bei ihnen noch hieß, das kleine Handwerk führte in jeder Großstadt einen aussichtslosen Kampf gegen die moderne Entwicklung. Die nationalliberale Partei hat das erkenne ich gern an, einen Damaskusweg gemacht, aber doch noch nicht die Station erreicht, wo es nicht nur die Zustimmung zu gesetzlichen Maßnahmen gilt, sondern eine Betätigung des Willens mit allen Mitteln. Und einen anderen Damaskusweg sind sie noch nicht gegangen; Bismarck hat einmal gesagt: Das gehässigste aller Monopole das ist die politische Einsicht, die einzelne Parteien sich beilegen. Wir können dem Staatssekretär auch nicht imponieren, indem wir uns gegenseitig das Verständnis absprechen.

Wir erwarten damit den Eindruck, als ob es uns auf das Agitatorische ankäme, und vielleicht ist darauf die Erfolglosigkeit gerade in diesem Hause zurückzuführen. Ich gebe das Echo nicht zurück, daß Ihre Vorwürfe gegen uns verdiente; vielmehr begrüße ich Sie jetzt mit neidloser Freude als unsere Mitarbeiter. Der Redner zählt einige Hauptmittelstandsforderungen auf: Beschränkung der Wanderlager, Abgrenzung von Fabrik und Handwerk und Heranziehung der Industrie zu den Kosten der Lehrlingsausbildung und vor allem Regelung des Submissionswesens; gewiß sollen hierbei die Hauptorbeit die Verwaltungsmaßnahmen in den Einzelstaaten tun, aber auch die Reichsverwaltung muß mit gutem Beispiele in ihren Reichsbetrieben vorangehen. Auch bei § 100q der Gewerbeordnung sind erfreulicherweise die Nationalliberalen jetzt unsere Freunde geworden; seine Beseitigung ist draußen im Lande eine allgemeine Forderung, und auch der Freisinnige, Herr Doormann, hat neulich in der „Vossischen Zeitung" in diesem Sinne gesprochen. Aber ich habe bei den Herrn Freisinnigen den Eindruck eines mehr väterlichen Wohlwollens. Sie standen den Forderungen des Handwerks ablehnend gegenüber und begründeten das damit, das Handwerk irre sich, die Freisinnigen verständen das besser; und sie freuen sich, wenn hier und da ein Einspänner sich findet, der ihnen entschließt; er ist ihnen dann die Autorität, so wie der Agrarier Wendorff.

Der Redner betont seine restlose Uebereinstimmung mit den Forderungen für die Fortbildungsschule, fordert weitere Maßnahmen gegen den Hausierhandel, das Zugabewesen, das Ausverkaufswesen, in dem sonst vorzüglich bewährten Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb. Den Vorwurf, daß unsere Freundschaft für die Arbeiter hinter der für die Arbeitgeber zurückstehen, tragen wir ruhig mit in seinem guten Gewissen. Die soziale Arbeiterfürsorgegesetzgebung ist in erster Linie zurückzuführen auf meine politischen Freunde. (Lachen bei den Soz.) Aber die Arbeiterfürsorge ist für uns nicht die einzige soziale Fürsorge. In diesem Augenblick — darüber herrscht Einmütigkeit — ist der Mittelstand in der gefährdetsten Lage, und danach richten wir unsere Mittelstandspolitik ein. Wir treiben reine Mittelstandspolitik. Im lauen Bad des Hansa-Bundes wird die weiße Lilie des Mittelstandes nicht aufblühen. (Lebh. Beifall rechts, Lachen links.)

Abg. Dr. Doormann (Vp.):

Frhr. v. Gamp hat das Treiben des Abg. Weiterle in Verbindung gebracht mit der elsaß-lothringischen Verfassung und dieses Auftreten einen schlechten Dank für das dem Reichsland gewährte Geschenk genannt. Was hat das Treiben Weiterles überhaupt mit der Verfassung zu tun? (Sehr richtig! links.) Ueber den Hansa-Bund werden wir uns mit den Konservativen niemals verständigen. Die sozialdemokratische Verurteilung unserer ganzen Sozialpolitik in Bausch und Bogen machen wir nicht mit. Wir erkennen an, was geleistet ist, wenn wir auch im einzelnen Wünsche haben. Die freien Gewerkschaften haben ja zweifellos einen großartigen Aufschwung genommen und sie wollen jetzt durch die neue „Volksfürsorge" weitere Kreise gewinnen. Das Band, das alle Mitglieder umschließt, soll noch enger werden. Es ist aber zweifelhaft, ob angesichts der niedrigen Beiträge diese Versicherung die richtige Form hat und ob die Unfosten nicht zu hoch sein werden. Wenn es trotzdem gelingt, mit dieser „Volksfürsorge" Gutes für die Arbeiter zu erreichen, so würden wir uns freuen. Wir sind für die Einbeziehung der Berufskrankheiten in die Unfallversicherung. Wegen der hohen Kosten, empfiehlt sich aber vielleicht die Schaffung einer Zusatzversicherung. Für eine der wichtigsten Fragen halten wir die reichsgesetzliche Regelung des Wohnungswesens.

Abg. Schwabach (Natl.):

Die Graefeschen Angriffe weisen wir zurück. Der Paragraph des Reichsvereinsgesetzes über den Gebrauch fremdländischer Sprachen wird von der preußischen Regierung gegen die Litauer in einer Weise ausgelegt, die wir nicht billigen können. Hoffentlich wird die Reichsregierung Preußen anhalten, gegenüber den Litauern und anderen königstreuen Volksstämmen etwas entgegenkommender zu verfahren; wir müßten sonst ernstlich eine authentische Interpretation des Vereinsgesetzes in diesem Sinne verlangen. (Beifall bei den Natl.)

Abg. Kurzawski (Pole):

Alle polnischen Vereine, selbst Rosenkranzvereine, werden als politisch bezeichnet. Beamte machen sich gegenüber den Polen der gröbsten Mißbräuche ihrer Amtsgewalt schuldig; sie überschreiten bewußt ihre Befugnisse und setzen sich über das Gesetz hinweg. Auch die polnischen Berufsvereine der Arbeiter werden als politische verfolgt und schikaniert.

Sogar gegen die Handlungsgehilfen und landwirtschaftlichen Vereine geht man in dieser Weise vor. Die krassesten Eingriffe erfolgen auf dem Gebiet des religiösen Lebens. Dagegen legen wir lauten Protest ein.

Abg. Dr. Werner-Gießen (Wirtsch. Vgg.):

Es ist bezeichnend für die jüdische Presse, daß sie gleich allerlei Folgerungen gezogen hat, weil ich gestern beim Namensaufruf nicht im Saale war. (Heiterkeit.) Ich hatte nicht darauf gerechnet, daß der vor mir gemeldete Redner so lang sprechen würde. Ich entschelte die Resolution Mumm, die die gewerbliche Schaustellung von Angehörigen fremder Rassen durchweg verbieten will.

Dann ersuchen wir den Reichskanzler, baldigst die erforderlichen Maßnahmen zur Errichtung eines dem Reichsamt des Innern angegliederten Reichsamts für deutsche Sprache zu treffen. Dort sollten in erster Linie unsere Gesetze verdeutscht werden. Auch die „Vossische Zeitung" hat z. B. die vielen Fremdwörter im Branntweinsteuergesetz bemängelt. Durch Gesetz sollte festgelegt werden, daß die Verwendung nichtdeutscher Geschäftsbezeichnungen nur in genügend begründeten Ausnahmefällen gestattet wird. Die fortgesetzt im Steigen begriffene Naturverschandelung durch Plakate und Bretterreklame soll verboten werden.

Erforderlich ist eine amtliche Uebersetzung der jüdischen Religionsbücher. Auf wirtschaftlichem Gebiet befürworten wir die Ansiedlung deutscher Bauern. Das ist eine nationale Forderung, da der Großgrundbesitz polnische Arbeiter beschäftigen muß. Unsere Zollpolitik hat sich bewährt. Die Zölle spielen für die Preise unserer agrarischen Produkte nur eine sekundäre Rolle. (Zuruf links: Diese Fremdworte! — Stürmische Heiterkeit links.) Die Linke hat bisher nichts für den Mittelstand getan, daher die Erregung im Mittelstande. (Lachen links.) An den höchsten Stellen werden die Interessen des Mittelstandes mit Füßen getreten.

Ardererseits sehen wir, daß sich Herr Kratzenstein hohen Besuches erfreut. Kempinski bezog von hoher Stelle Cadiner Kacheln und erhielt gleichfalls hohen Besuch. (Unruhe.) Und schließlich konnte sich auch die Synagoge in der Fasanenstraße hohen Besuches rühmen. (Erneute Unruhe. Lachen.) Wir bedauern dies im Interesse des deutschen Namens und unseres Volkes das uns Leute wie Bismarck und den Grafen Zeppelin geschenkt hat. (Unruhe.) Präsident Dr. Kaempf: Die Aeußerung, daß an höchster Stelle die Interessen des Mittelstandes mit Füßen getreten werden, ist eine Ausdrucksweise, die ich nicht scharf genug rügen kann. (Bravo!)

Der Redner greift den Kaiser und den Adel wegen angeblicher Bevorzugung der jüdischen Plutokratie an und wirft der Volkspartei vor, sie besorge die Geschäfte des Auslandes bei den Handelsverträgen.

Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner zur Ordnung.

Weiterberatung Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 7¼ Uhr.

Deutsches Reich.

Die Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

i. Berlin, 15. Januar (abends).

Ueber die Neuwahlen zum Abgeordnetenhause werden jetzt schon die genauen Daten bestimmt. Dazu teilt man mir von gut unterrichteter parlamentarischer Seite mit: Der Termin der Wahlen ist noch nicht bekannt. In einer Besprechung mit den Parteiführern hat der Präsident Graf v. Schwerin-Löwitz mitgeteilt, daß die Regierung sich bei ihm nach den Dispositionen des Hauses erkundigt habe und dabei zu erkennen gab, falls die Geschäftslage des Abgeordnetenhauses es gestatte, sei der 14. Mai der Regierung ein geeigneter Wahltag. Die Parteiführer gaben zu erkennen, daß eine Aufstellung und Einteilung des Arbeitsplanes erfolgen solle. Für die strenge Einhaltung desselben ließe sich aber eine Gewähr nicht übernehmen. Darauf hat die Regierung erklärt, daß sie dann einen bestimmten Termin noch nicht in Aussicht nehmen wolle. Die Entscheidung des Staatsministeriums solle erst in der Sitzung vom 15. Februar herbeigeführt werden. Es lasse sich dann auch die Geschäftslage des Abgeordnetenhauses besser übersehen und danach Dispositionen treffen. Hiernach sind die bekanntgegebenen Daten wahrscheinlich der Abänderung unterworfen, mindestens können sie nicht als feststehend gelten. Indessen wird mit den Neuwahlen gegen Ende Mai bestimmt zu rechnen sein. Bis dahin lassen sich zwar sämtliche Arbeiten nicht erledigen, das scheint aber auch von einigen Parteien nicht gewünscht zu werden. Man hat erfahren, daß die Mehrheitsparteien gesonnen sind, bei den Etatsberatungen in noch weitgehenderem Maße als sonst Schlußanträge stellen zu wollen. Die Linke wird gegen ein solches Verfahren energisch ankämpfen. Schon jetzt kann aber mit einem Scheitern des Einkommensteuergesetzes gerechnet werden. Die zur Verfügung stehende Zeit wird zur Beratung des Gesetzes nicht ausreichen. Im übrigen ist es selbstverständlich, daß auch die Linksparteien zu einer häufigen Wiederholung derartig langer Sitzungen, wie am Dienstag — die Sitzung dauerte fast 9 Stunden — nicht geneigt sind.

Sozialdemokratische Hetze.

DEK. Zur Herabsetzung der evangelischen Kirche und ihres Pfarrerstandes ist einer gewissen, in sozialdemokratischem Fahrwasser schwimmenden Sensationspresse jedes Mittel recht. Aus allen Ecken und Winkeln werden in diesen Blättchen Geschichten zusammengetragen, die sich bei näherem Zusehen meist als entweder ganz gefälscht, oder als verdreht und übertrieben herausstellen. Ein Beispiel für viele aus der Berliner „Tribüne" vom 1. Januar d. J. Unter der marktschreierischen Ueberschrift: „Im Grabe noch pflanzen den Haß sie auf" wird hier erzählt, wie nach der letzten Grubenkatastrophe auf Zeche Achenbach bei der Beerdigung von fünf Opfern des Unglücks auf dem Friedhof zu Brechten der „Diener der Religion der Liebe" geflissentlich den einen Verunglückten von seinen vier Kameraden getrennt und dann sogar dem Totengräber noch den Auftrag gegeben habe, den Abstand zwischen den Särgen noch zu vergrößern. Warum? Nun, der Fünfte, ein braver Kamerad und guter Familienvater, war aus der Kirche ausgeschieden und gehörte den freien Gewerkschaften an! „Christus aber ließ sich zwischen zwei Verbrechern kreuzigen und betete für sie am Kreuze!" So kann man über den bodenlosen Haß der Kirche die Hände ringen. Diese Lüge hat kurze Beine! Das evangelische Preßbüterium von Brechten berichtet, daß die Sache sich genau umgekehrt abgespielt habe. Die eigenen Genossen haben unscheinend absichtlich, vielleicht aber auch nur aus Ungeschick beim Einsenken der Leichen den aus der römischen Kirche Ausgetretenen von den übrigen abgesondert. Der evangelische Pfarrer hat den Mißgriff wieder gut gemacht und den Totengräber beauftragt, die Särge dicht aneinander zu rücken. So bleibt nichts von der Schmährede übrig, als die leichtfertige Verdächtigung evangelischer Geistlicher, die man in gewissen Kreisen für vogelfrei zu halten scheint.

Parlamentarisches.

+ Der Verein der fortschrittlichen Volkspartei für Oberröblingen und Umgegend veranstaltete am vergangenen Sonnabend seine erste öffentliche Versammlung. Leider war dieselbe infolge anderer Veranstaltungen nur sehr mäßig besetzt. Herr Landtagsabgeordneter Delius (Halle) zeichnete in längeren Ausführungen die Aufgaben des Liberalismus in Staat und Reich. Im Hinblick auf die Verwickelungen und kriegerischen Ereignisse im Auslande betonte er die Notwendigkeit eines wohlgerüsteten Heeres und einer schlagfertigen Flotte für das Deutsche Reich. Als ein Zentralstaat inmitten von Europa gelegen, muß Deutschland, um den Frieden gewahrt und gesichert zu wissen, ein ausreichendes Heer besitzen. Einer solchen Notwendigkeit wird der Fortschritt Rechnung tragen, wenn in zweiter Linie die notwendigen Deckungsmittel für diese großen Ausgaben angegeben werden. Solche Deckungsmittel können nur durch wahre Besitzsteuern aufgebracht werden, durch Steuern, die wie Reichsvermögens- und Reichseinkommen- sowie eine ausgebaute Reichserbschaftssteuer, wirklich den Besitz treffen. Die konservativen Parteien wehren sich gegen solche Einnahmequellen des Reichs und möchten viel lieber neue Steuern schaffen, die erneut von den breiten Massen getragen werden müßten, erneut Handel und Verkehr treffen würden. Für ein privates Petroleummonopol, das geeignet wäre, das Licht des

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19130116018/fragment/page=0002

kleinen Mannes zu verteuern, kann sich der Herr Referent nicht begeistern. Für die Masse der Beamten fordert Herr Delius ein modernes Beamtenrecht, das den Beamten auch Staatsbürgerrechte im vollsten Sinne des Wortes gibt. Im Interesse der Volksgemeinschaft kann den Reichs- und Staatsarbeitern die wichtigste Waffe des Koalitionsrechtes, das im übrigen verschiedentlich erweiterungsbedürftig ist, das Streikrecht, nicht zugestanden werden. Dafür aber sollen jene Kategorien der deutschen Bürgerschaft in der Besserung ihrer sozialen Lage einen Ausgleich erhalten. Mit aller Entschiedenheit forderte er ein modernes Wahlrecht für Preußen nach dem Versprechen des Königs in der Thronrede des Jahres 1908. Für die kommenden preußischen Landtagswahlen müßte man allerwärts danach trachten, nur solche Männer in das Parlament zu entsenden, die gewillt sind, auf legalem Wege den Kampf um ein freiheitlicheres Wahlrecht für Preußen aufzunehmen.

Im Anschluß an die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen behandelte Herr Parteisekretär Schwilgin (Halle) die Agrarforderungen der fortschrittlichen Volkspartei, dabei besonders die Notwendigkeit einer umfassenden, intensiven und planmäßigen inneren Kolonisation hervorhebend.

Mit einem Hinweis auf das Jubiläum der Freiheitskriege und das Regierungsjubiläum unseres Kaisers schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser.

Berlin, 15. Jan. Im Reichstage ist eine kurze Anfrage des Abg. Deichmann (sd.) eingegangen: Welche Maßnahmen gedenkt der Reichskanzler zum Schutze der in der deutschen Tabakindustrie beschäftigten Heimarbeiter zu ergreifen, die durch die infolge der Tabaksteuerung vom Jahre 1909 erfolgte weitere Ausbreitung der Heimarbeit in der Tabakindustrie schwer geschädigt worden sind?

Der Abg. Baudert (sd.) fragt:

Am 1. Januar 1913 hat ein Gebietsaustausch zwischen dem Großherzogtum Sachsen und dem Herzogtum Sachsen-Meiningen stattgefunden. Anläßlich der Beratung des darüber abgeschlossenen Staatsvertrages im Landtage haben die Regierungen erklärt: Beide Regierungen werden beim Bundesrate eine Aenderung der Reichstagswahlkreise dergestalt beantragen, daß die eingetauschten Gebietsteile aus den Reichstagswahlkreisen des abgetretenen Staates ausscheiden und einem Reichstagswahlkreise des Staates zugeteilt werden, dem sie zugefallen sind." Haben die beteiligten Regierungen einen solchen Antrag beim Bundesrat gestellt und gedenkt der Herr Reichskanzler demnächst zu der beabsichtigten Wahlkreisänderung die verfassungsmäßige Zustimmung des Reichstages herbeizuführen?

W. **Berlin**, 15. Jan. In der Budgetkommission des Reichstags, die sich mit der Fixierung der für die Reichsversicherung zu leistenden Beiträge, die mit 57,12 Millionen Mark angesetzt sind, befaßte, brachten die Sozialdemokraten eine Resolution ein, welche neue Berechnungen über die Belastung des Reiches und der Versicherten aus der Hinterbliebenenversorgung und evtl. eine Erhöhung der Renten wünscht. Nach längerer Debatte, an der sich die Regierungsvertreter und Mitglieder der verschiedenen Parteien beteiligten, wurde die Resolution einstimmig angenommen.

W. **Berlin**, 15. Jan. Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses nahm den Gesetzentwurf betreffend die Feststellung eines Nachtragsetats zum Staatshaushaltsetat für 1912 in Höhe von 60 900 000 Mark einstimmig an. Hiervon sind 60 Millionen für die Ausgestaltung der Bahnanlagen und zur Beseitigung der bestehenden Betriebsschwierigkeiten bestimmt.

Straßburg, 15. Jan. Die Fortschrittspartei in Elsaß-Lothringen hat jetzt gleichfalls eine Resolution gegen die friedensstörende Politik des Abgeordneten Wetterlé gefaßt. Die Partei werde auch fernerhin einen echten Partikularismus pflegen. Friedenstörer, woher sie auch kommen werden, die die Angelegenheiten des Landes ins Ausland tragen, werde sie stets zurückweisen.

Hof- und Personalnachrichten.

Zur Kaiserlichen Frühstückstafel im Neuen Palais bei Potsdam war gestern Botschafter Graf Pourtalès mit Gemahlin geladen. — Das Kaiserliche Hoflager ist mit dem gestrigen Tage nach Berlin verlegt. — Der Kaiser hat beschlossen, am Sonnabend, den 18. Januar d. J., im Schloß zu Berlin mit den kapitelfähigen Rittern des Hohen Ordens vom Schwarzen Adler die feierliche Investitur einiger Mitglieder vorzunehmen und ein Ordenskapitel abzuhalten.

Fürst Wolfgang zu Castell-Rüdenhausen, der Vater der Fürstin von Wernigerode, entschlief am Montag zu Rüdenhausen in Unterfranken.

Aus Dresden, 15. Januar, wird uns gemeldet: Heute vollendete Kronprinz Georg sein zwanzigstes Lebensjahr. Eine vom Leibgrenadier-Regiment beabsichtigte Morgenmusik mußte wegen der Kälte ausfallen. Der Kronprinz, der im Residenzschloß übernachtet hatte, begab sich um 10 Uhr vormittags nach Strehlen und nahm daselbst die Glückwünsche des Kommandeurs des Leibgrenadier-Regiments Nr. 100 entgegen. Um 1 Uhr fand im Residenzschloß eine Familientafel statt.

Ausland.

Frankreich gegen die Fremden.

Paris, 15. Januar. Zur Unterstützung der gegen die Fremden, insbesondere die deutschen Waren eingeleiteten Preßtreibereien brachten die nationalistischen Abgeordneten Demain, Lerosse und Genossen in der Kammer einen Gesetzesantrag ein, wonach der öffentliche Gebrauch der Bezeichnung „französisch" in folgenden Fällen untersagt werden soll: 1. Wenn die Unternehmung oder Gesellschaft einen oder mehrere ausländische Verwaltungsräte besitzt, wenn sie eine Zweiganstalt einer ausländischen Unternehmung oder Gesellschaft ist, wenn sie mehr als 10 Proz. ausländisches Personal beschäftigt oder wenn sie nicht ausschließlich nach französischem Gesetz geleitet wird. 2. Wenn die Waren nicht in Frankreich oder in den französischen Kolonien von ausschließlich französischen Unternehmungen oder Gesellschaften erzeugt werden. Zuwiderhandelnde sollen, falls sie Ausländer sind, im Wiederholungsfalle ausgewiesen werden. Den Unternehmungen und Gesellschaften, welche unberechtigterweise die Bezeichnung „französisch" führen, wird eine sechsmonatige Frist gewährt, um diese Bezeichnung aus ihren Satzungen, Firmen und Geschäftspapieren zu entfernen.

Verurteilte Fischer.

Paris, 15. Jan. Das Zuchtpolizeigericht von Quimper verurteilte 139 Fischer wegen Verwendung von sogenannten Drehnetzen zu Geldbußen, zumeist unter Zubilligung des bedingten Strafaufschubs. Die Frage der Drehnetze spielt in der unter der Fischerbevölkerung der Bretagne ausgebrochenen Krise eine nicht unbedeutende Rolle.

Dem indischen Vizekönig geht's besser.

Delhi, 15. Jan. Der Fortschritt in der Besserung des Gesundheitszustandes des Vizekönigs Lord Hardinge ist in letzter Zeit im allgemeinen gut. Es hat sich aber im rechten Arme eine Nervenentzündung eingestellt, die beträchtliche Schmerzen verursacht. Lord Hardinge will Ende Januar zwecks einer klimatischen Veränderung Delhi verlassen.

Verbandstage.

Große Versammlung des Deutschen Techniker-Verbandes.

Berlin, 15. Januar.

Bekanntlich hatte der preußische Eisenbahnminister Herr von Breitenbach den Beamten und technischen Hilfsbeamten, soweit sie einer Organisation angehörten, welche den Streik propagiert, die Mitgliedschaft verboten. Der Deutsche Technikerverband, dem verschiedene Tausend von Beamten als Mitglieder angehörten, trat durch Vermittelung fortschrittlicher Abgeordneten mit dem Eisenbahnminister in Verbindung. Der Techniker-Verband änderte schließlich seine Satzungen dahin, daß die Streikklausel für seine Mitglieder in öffentlichen Betrieben außer Kraft gesetzt wurde. Damit war der Konflikt beigelegt. Die Maßnahme des Technikerverbandes verursachte einen erregten Kampf zwischen ihm und dem Bunde technisch-industrieller Beamten. Zur Abwehr dieser Angriffe fand am Montag in den Germania-Prachtsälen in Berlin eine öffentliche Versammlung statt. Rechtsanwalt Dr. Baum hielt einen sehr eingehenden, interessanten Vortrag über das Koalitionsrecht der Beamten. Er wies eingehend nach, daß nach den geltenden Gesetzesbestimmungen ein Streik für die Beamten ausgeschlossen sei. Auch für die nicht im Beamtenverhältnis stehenden Hilfsbeamten müsse ein Streik ausgeschlossen sein. Das Koalitionsrecht sei dagegen unter allen Umständen uneingeschränkt zu erhalten. Ferner wäre ein Ausbau der Rechte notwendig. Der Vortrag fand vielen Beifall. Von den anwesenden Abgg. Delius, Hubrich und Weinhausen von der Fortschrittspartei ergriff Abg. Delius das Wort. Er führte aus, daß seine Partei einen Streik der Angestellten gemeinnütziger Betriebe nicht gutheißen könne. Hier habe das Interesse des einzelnen hinter dem Allgemeinwohl zurückstreten. Für das volle Koalitionsrecht trete seine Partei ein. Daneben sei sie für einen Ausbau der Rechte. Die Verbände müssen auch von den Behörden als Sprachrohr der Mitglieder angesehen werden. Der noch häufig auftretende Autokratenstandpunkt sei unhaltbar. Ausschüsse mit weitgehenden Rechten müssen geschaffen werden. Freilich von dem jetzigen Abgeordnetenhause sei die Verwirklichung solcher Gedanken nicht zu erwarten. Für alle besonnenen freiheitlichen Elemente wären die nächsten Wahlen eine günstige Gelegenheit zur Herbeiführung einer anderen Mehrheit. (Langanhaltender Beifall.) Nach ihm machte Abg. Weinhausen noch einige kurze Ausführungen über das Koalitionsrecht, welche Beifall fanden. — Zum Schluß fanden erregte Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Organisationen statt.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 16. Januar.

Paulusgemeinde-Verein.

Der Paulusgemeinde-Verein hielt letzthin in der „Loge zu den fünf Türmen" in der Albrechtstraße seine 1. Hauptversammlung ab. Wie der Vorsitzende in seinem Jahresbericht hervorhob, hat sich der Verein erfolgreich bemüht, seinen Satzungen getreu an einer gedeihlichen Entwicklung des Gemeindelebens mitzuhelfen. Gegründet am 11. April 1912 zählt der Verein jetzt bereits 260 Mitglieder. Die im Vorjahre veranstalteten 7 Mitgliederversammlungen waren sämtlich gut besucht; an die Vorträge knüpften sich stets rege Besprechungen. Auf die im Herbst vorgenommenen Wahlen zu den kirchlichen Körperschaften hat der Verein erfolgreich Einfluß zu gewinnen gesucht.

Der Kassenbericht wies eine Einnahme von 285,30 Mk., eine Ausgabe von 283,20 Mark und einen Bestand von 2,10 Mk. auf. Aus der Versammlung heraus wurden für die fernere Vereinstätigkeit noch verschiedene Anregungen gegeben, die ein immer lebendigeres Vereinsleben bezwecken. Zum Schluß erfolgte die Wiederwahl des Vorstandes, der sich wie folgt zusammensetzt: Eisenbahn-Obersekretär Winkebank Vorsitzender, Schulinspektor Voigt Stellvertreter, Mittelschullehrer Kirchert und Polizeikommissar Störring Schriftführer, Kaufmann Gorgas Kassierer, Bäckermeister Hädicke und Rangiermeister Heinecke Beisitzer. Der Vorstand wird ermächtigt, zu wichtigen Sitzungen geeignete Vereinsmitglieder, besonders aus dem Kreise des Kirchenrats und der Gemeindevertretung hinzuzuziehen.

Die nächste Vereinsversammlung, zu der Herr Professor D. Loofs einen Vortrag über „Kirchliches Leben in Amerika" in Aussicht gestellt hat, findet Anfang Februar statt.

Einen Ruf an die theologische Fakultät der Universität Halle hat der ordentliche Professor für neutestamentliche Exegese an der Universität Breslau, Dr. Ernst von Dobschütz, ein geborener Hallenser, erhalten. Prof. v. Dobschütz ist Ehrendoktor der Universität Berlin.

Bruno Heydrichs Konservatorium für Musik und Theater. Die heutige Grund- und Mittelschul-Aufführung beginnt nicht, wie irrtümlich angenommen wird, um 7 Uhr, sondern schon um 6 Uhr und findet im Saale des Konservatoriums statt.

Die Uhrmacher-Zwangs-Innung zu Halle und Umgegend hielt am Montag nachmittag im „Ratskeller" ihre Jahresversammlung ab. Die Beteiligung war sehr gut. Wiedergewählt wurde auf 3 Jahre Herr Obermeister Uhlig. An Stelle des Herrn Maseberg-Halle, der nach dreijähriger Amtsperiode nicht wieder gewählt sein wollte, wurde Herr Adolf Koch-Halle in den Vorstand delegiert. Herr Maseberg fungiert weiter als Beisitzer. In den Vorstand wurden noch gewählt die Herren Fr. Hofmann-Halle und W. Fleischhauer-Halle. Die Innung zählt jetzt über 150 Mitglieder.

Der Gesangnisverein hält seinen von weiten Kreisen der Stadt gern besuchten Familienabend am Freitag, den 17. Januar, abends 8 Uhr, in den Thalia-Festsälen ab. Der hiesige Lehrergesangverein hat den musikalischen Teil übernommen unter Mitwirkung des Herrn Lehrer Hötzel am Klavier. Den Vortrag hält Herr Strafanstaltspfarrer Riewerth über: „Die Fürsorge für die Familien unserer Gefangenen". — Das Programm kostet 50 Pfg. und ist in der Geschäftsstelle Karlstr. 16 pt. zu haben. Außerdem haben den Vertrieb übernommen: Papierhandlung Bretschneider, Steinweg 55, Buchhandlung Glöckner & Niemann, Alte Promenade 7, Hothans Hofmusikalienhandlung, Gr. Ulrichstraße 38, R. Kochs Hofmusikalienhandlung, Alte Promenade 1 a, P. Simon, Papierhandlung, Gr. Ulrichstraße, Zigarrenhandlung Steinbrecher & Jaeper, Marktplatz und Geiststraße, Heises Zigarrenhandlung, Bernburgerstraße.

Lehrerinnen-Verein zu Halle a. S. Freitag, den 17. Jan., abends 8 Uhr, im Vortragssaale der städtischen Frauenschule, Burgstr. 45, Vortrag mit Lichtbildern von Frl. Mathilde Schulze aus Merseburg: „Sechs Wochen in Griechenland".

Die Zusammenkunft ehemal. Gnadauerinnen findet am Freitag, 3½ Uhr, im Hotel Kronprinz statt. Vortrag: Herr Missionar Richter. Frühere Zöglinge anderer Brüdergemeinden und Freundinnen derselben sind willkommen.

Franckescher Jünglingsverein (Leiter Pastor Heintke). Am Sonnabend, den 18. Januar, findet ein Kriegsspiel statt; wenn Schnee liegt, Schlitten mitbringen! Treffpunkt 8¾ Uhr Hettstedter Bahnhof. Das Turnen fällt aus.

Provinzial-Nachrichten.

Einstellung der Elbschiffahrt.

Hamburg, 15. Jan. Der Schiffahrtsbetrieb auf der Elbe ist eingestellt worden. Infolge des scharfen Frostes der letzten Tage führt die Elbe starkes Treibeis. Da die unterwegs befindlichen Fahrzeuge die Reise nicht mehr fortsetzen können und in Winterhäfen Schutz suchen müssen, können Expeditionen im Schlepper-Eilverkehr nicht mehr stattfinden.

Gasvergiftung.

† **Weimar**, 13. Jan. Heute morgen wurde die sechsköpfige Familie des Tischlermeisters Seiler in der Hardtstraße bewußtlos im Bette aufgefunden und von Mitgliedern der Sanitätskolonne nach dem Krankenhaus gebracht. Dort wurde Gasvergiftung festgestellt. Die angestellten Wiederbelebungsversuche hatten nur bei der Frau Erfolg, während der Mann und die 4 Kinder im Alter von 5 bis 14 Jahren bis mittag noch ohne Bewußtsein waren. Ob die Wiederbelebungsversuche bei ihnen Erfolg haben werden, ist sehr fraglich.

Die Untersuchung der näheren Umstände ergab, daß das Gas von außen in das Schlafzimmer eingedrungen war. Im Hause selbst ist keine Gasleitung. Infolge der starken Kälte war ein an der Außenseite des Hauses entlang angelegtes Gasrohr geplatzt, und das Gas war durch die nur schlecht geschlossenen Fenster in die Parterreräume gedrungen.

Verbot der Ziehhunde.

Erfurt, 15. Jan. Die Abschaffung sämtlicher Ziehhunde bestimmt in Erfurt eine Polizeiverordnung, die mit dem 1. April d. Js. in Kraft tritt. Vom Standpunkt des Tierschutzes aus ist dieses radikale Vorgehen freudig zu begrüßen, das der bisherigen Tierquälerei ein Ende bereitet. Anderer Meinung sind die hiesigen Fleischermeister, die sich auf der letzten Innungsversammlung gegen die neue Verordnung aussprachen und den Fleischerverband beauftragten, dagegen Front zu machen.

Dölau, 15. Jan. (Der Haus- und Grundbesitzerverein) hielt unlängst seine Generalversammlung ab. Der Jahresbericht zeigte besonders hinsichtlich der Kassenverhältnisse und Mitgliederzahl ein sehr günstiges Bild. Nach den Neuwahlen bilden den Vorstand: Bode, Ostraustr. 7, Vorsitzender, Brauer, Kassierer, Klöppel Schriftführer, Zörner und Müller Beisitzer.

Könnern, 14. Jan. (Bahnbau Könnern—Rothenburg.) Unter Vorsitz des Regierungsrats Diehe nahmen Kommissare des Regierungspräsidenten und des Landeshauptmanns sowie Landrat v. Krosigk eine landespolizeiliche Prüfung des Bahnprojektes Könnern—Rothenburg vor. Die in Frage kommenden Einspruch erhebenden Grundbesitzer sowie die Amts- und Gemeindevorsteher waren zu dem Termin geladen. Im Anschluß an die auf dem Bahnhof geführten Verhandlungen fand eine Besichtigung der Linie statt. Diesem Bahnprojekt sollen keine besonderen Bedenken mehr gegenüberstehen.

√ **Merseburg**, 15. Jan. (Personalnotiz. — Diebstahl.) Der bisherige Verweser des hiesigen Landratsamts, Regierungsassessor Dr. Gerber, ist an das Königl. Oberpräsidium in Koblenz versetzt worden. — In der Gewerkschaft „Michel" im benachbarten Großkayna haben Arbeiter einen größeren Diebstahl ausgeführt, indem sie für ca. 1500 Mark Kupferdraht stahlen. Einem hiesigen Althändler, dem sie den Draht verkaufen wollten, kam die Sache verdächtig vor und er benachrichtigte die Polizei, welche denn auch den Diebstahl bald feststellte. Das Gestohlene konnte der Firma wieder zurückgegeben werden. Die Diebe werden sich vor Gericht zu verantworten haben. — Im benachbarten Dorfe Trebnitz starb plötzlich ein Fräulein Klara Wagner. Angehörige konnten nicht festgestellt werden. Der Gemeindevorstand ersucht um Benachrichtigung oder Meldung an das Nachlaßgericht in Merseburg. Soviel festzustellen war, soll die Verstorbene aus Halle a. S. stammen. Sie führte ein Einsiedlerleben.

n. **Corbetha**, 15. Jan. (Unglücksfall.) Der 25jährige Sohn des Gastwirts Hellriegel war in Leipzig beim Anbringen eines Balkons beschäftigt. Dabei stürzte er ab und zog sich schwere Verletzungen zu, denen er erliegen mußte.

Lützen, 15. Jan. (Heimatfest.) In diesem Jahre sind 400 Jahre seit der Weihe unserer Stadtkirche verflossen. Die kirchlichen Gemeindeorgane haben daraufhin in ihrer letzten Sitzung beschlossen, anläßlich der Jubiläumsfeier, die voraussichtlich am 6. Juli stattfinden soll, die Turmhalle nach den Plänen der Königlichen Regierung restaurieren zu lassen und wieder mit der Kirche, von der sie gegenwärtig getrennt ist, zu verbinden. Die Bauleitung ist dem Architekten Heyne hier übertragen. Mit der kirchlichen Feier soll ein Heimatsfest verbunden sein, zu dessen Ausführung die städtischen Behörden bereits die Mittel zur Ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19130116018/fragment/page=0003

stigung gestellt haben. Im Anschluß an diese Feier gedenkt man auch das Gustav-Adolf-Festspiel von Pastor Kayser-Leipzig aufzuführen.

Eckartsberga, 15. Jan. (Für die zweite Pfarrstelle) in Eckartsberga ist Pfarrer Stein aus Umpferstedt gewählt worden.

Wiehe, 15. Jan. (Der „Mord" von Saubach.) Welch' unsinnige Gerüchte mitunter von Mund zu Mund gehen, zeigt der angebliche Mord, der am Freitag bei Saubach passiert sein soll. Mit aller Bestimmtheit wird erzählt, am Freitag habe ein Dienstmädchen 3000 Mark nach der Kreissparkasse bringen sollen und sei dabei unterwegs von ihrem Dienstherrn niedergeschlagen und beraubt worden. Eine telephonische Anfrage in Saubach ergab, daß an dieser Mordgeschichte kein wahres Wort ist.

Eisleben, 15. Jan. (Nächtlicher Zusammenstoß mit Dieben.) In der Nacht vom 12. zum 13. d. M. schlichen drei Personen auf dem Betonbau auf der Krughütte umher, um zu stehlen. Der dazukommende Wächter vom Wach- und Schließ-Institut Eisleben, G. m. b. H., das dort die ständige Bewachung hat, wurde mit einer Holzlatte bedroht und angegriffen. Der Beamte machte daher in der Notwehr von seiner Waffe Gebrauch und verletzte einen der Männer am Kopfe. Darauf ergriffen die Diebe die Flucht und entkamen in der Dunkelheit.

Helbra, 15. Jan. (Skelettfunde.) Bei dem Bau eines Brunnens in einem Grundstück der Chausseestraße wurden gestern in einer Tiefe von einem Meter zwei vollständige und noch gut erhaltene Skelette gefunden, welche dicht aneinander lagen. Die Knochen, welche gut erhalten sind, lagen bei ihrer Entdeckung genau in dem Zusammenhange, den sie im Körper gehabt haben. Irgendwelche Gegenstände, wie Reste von Särgen usw., wurden nicht gefunden. Der Schätzung Sachverständiger nach mögen die Skelette 60—100 Jahren alt sein.

Eckartsberga, 15. Jan. (Vermächtnis.) Die vor einiger Zeit in Rannstedt verstorbene Frau Gutsbesitzer Kobe hat testamentarisch der Gemeinde Rannstedt 7500 Mk. zur Armenunterstützung und 5000 Mk. zum Bau einer Friedhofskapelle, ferner 1000 Mk. der Schule zur Anschaffung von Schulbüchern für arme Kinder vermacht. Auch für das Karolinenheim in Apolda hat die Verstorbene einen großen Betrag gestiftet.

Cochstedt, 15. Jan. (Feuer im Zuge.) In einem Wagen des Nachmittagszuges nach Aschersleben entzündete sich der Fußboden in der Nähe des Ofens. Obwohl der Wagen von Schulkindern stark besetzt war, wurde das Feuer erst im Bahnhof Königsaue entdeckt, als unter dem Wagen Funken herausfielen und gleich darauf auch Flammen herausschlugen. Die Schulkinder mußten sofort den Wagen verlassen. Sodann wurde das Feuer, das bereits den Fußboden im Umfang von mehr als einem Quadratmeter völlig durchbrannt hatte, gelöscht. Der Wagen geriet wahrscheinlich dadurch in Brand, daß aus dem Ofen glühende Kohle oder Asche herausfiel und den durch kein Blech geschützten Boden entzündete.

♂ **Königerode** (Südharz), 12. Jan. (Zur Ablösung) des Hüterechtes der ehemaligen anhaltischen Domäne Schielo auf hiesiger Flur war am Sonnabend ½10 Uhr zum zweiten Male im „Goldenen Löwen" ein Verhandlungstermin mit den Interessenten anberaumt. Geleitet wurden die Verhandlungen durch Herrn Regierungsrat Wennig aus Merseburg, der in seinen einleitenden Worten noch einmal die Vorzüge einer ev. Separation für den Einzelnen und für die Gesamtheit kennzeichnete. Am Schluß der Verhandlungen gaben die etwa 50 anwesenden Interessenten durch Namensunterschrift im Protokoll ihre Zustimmung zu dem Beschluß, daß eine Ablösung des anhaltischen Hüterechtes auf der jetzigen, 80 Hektar umfassenden Hüteflur stattfinden soll, da eine Berücksichtigung der früheren 500 Hektar großen Hüteflur leicht zur Separation drängen könnte, welche doch die Interessenten vermieden wissen wollen. — In der darauffolgenden Verhandlung mit den Deputierten wurde die Ablösung durch Geld angeboten, seitens der anhaltischen Regierung aber die Ablösung mit Land verlangt. Eine Entscheidung darüber, sowie ob nur die 80 Hektar oder die 500 Hektar zur Entschädigung herangezogen werden sollen, wird die Generalkommission der Provinz in Merseburg und in letzter Instanz das Oberlandeskulturgericht in Berlin fällen. Der anwesende leitende Reg.-Kommissar gab sein Gutachten entgegen den Beschlüssen der lastenpflichtigen Interessenten ab. Auch eine freiwillige Einigung zwischen der anhaltischen Regierung und den Verpflichteten bedarf der Genehmigung dieser Behörde und wird nach bestehendem Gesetz nur erteilt, nachdem durch neue Bonitierung der Lasienanteil des Einzelnen berechnet werden kann.

Luftschiffahrt.

Die Militärflugzeug-Uebung bei Magdeburg.

Die militärischen Flugzeugmanöver in Magdeburg, die Mittwoch ihren Anfang nehmen, sind verbunden mit kriegsmäßigem Montier- und Demontierprüfungen. Es werden sich zwei Parteien gegenüberstehen, von denen die eine nur Eindecker, und zwar Rumpler-Tauben, die zweite nur Doppeldecker besitzen wird. Von Doppeldeckern werden die Systeme „Albatros", „Aviatik" und „Mars" (D. F. W.) teilnehmen. Insgesamt sollen nach einer neueren Meldung nur zwölf (nicht 20) Flugzeuge die Uebung mitmachen, die ausschließlich von Offizieren gesteuert werden. Die zur Teilnahme an den Uebungen bestimmten Flugzeuge sind fast ausnahmslos in Döberitz stationiert und dürften auf dem Luftwege ins Manövergelände befördert werden.

Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten.

Geheimer Rat Franz Hofmann, der Senior der medizinischen Fakultät der Universität Leipzig, Professor der experimentellen Hygiene, Direktor des Hygienischen Instituts und Mitglied des Reichsgesundheitsamtes, tritt am 1. Oktober 1913 in den Ruhestand. — Die Hannoversche Landesuniversität Göttingen wird am 3. Februar eine akademische Gedenkfeier an das Jahr 1813 veranstalten. Der 3. Februar 1813 ist der Tag, an dem Friedrich Wilhelm III. zur Bildung freiwilliger Jägerabteilungen aufforderte und damit den ersten Schritt zur Vorbereitung der Befreiungskämpfe tat.

Die Spitzbergenexpedition.

⚔ **Berlin**, 15. Jan. Der „Berliner Lokalanzeiger" hat auf Anfrage folgendes Telegramm vom deutschen Konsul in Tromsoe erhalten: Ritscher telegraphiert, daß alle in gutem gesundheitlichen Zustande an Bord des „Herzog Ernst" sind. Nur er allein sei nach der Adventsbay gegangen. — Ferner ist ein Telegramm des nautischen Leiters der Spitzbergenexpedition Kapitän Ritschers bei Kapitän Berg in Berlin eingelaufen, das folgenden Wortlaut hat: Ich habe das Schiff verlassen, weil es unmöglich war, mit Proviant für höchstens drei Monate acht Monate zu leben. Am 1. Mai bricht von hier eine Expedition auf für Dr. Rüdiger und die übrigen Zurückgebliebenen. — Der zwischen beiden Telegrammen sowie dem Telegramm Ritschers und in dem Bericht bestehende Widerspruch bleibt unaufgeklärt.

Hebbeldenkmal in Hamburg. Ein Hebbeldenkmal soll in Hamburg errichtet werden. Wie das „B. T." berichtet, hat sich dort unter dem Vorsitz des Senators v. Melle ein Komitee gebildet, das sofort eine Sammlung zu diesem Zwecke eingeleitet hat. Man hofft, bis zum 18. März, dem hundertsten Geburtstag des Dichters, so viel Geld beisammen zu haben, um positive Beschlüsse über die Form des Denkmals fassen zu können.

Theater und Musik.

Greifenstein-Festspiele.

Bad Blankenburg, 15. Jan. (Privattelegramm.) Große Naturfestspiele werden kommenden Sommer unter dem Namen „Greifenstein-Festspiele" im großen Turnierhof des im 10. Jahrhundert erbauten Greifenstein stattfinden. Gespielt wird das dreiaktige Schauspiel „Graf Günther von Schwarzburg, deutscher Kaiser", welches fast 200 Mitwirkende erfordert. Die Vorarbeiten zu den Festspielen hat ein großes Komitee in Bad Blankenburg in die Hand genommen.

Uraufführung in Meiningen.

Vor einigen Tagen gelangte in Anwesenheit des Herzogs Georg das fünfaktige Versluspiel „Die Amazonen" von Friedrich Thieme am Hoftheater zu Meiningen zur Uraufführung. Die Zeitung „Deutschland" in Weimar berichtet über dieselbe: Die Komödie führt in freierfundener Handlung in den Staat der Amazonen ein, und zwar hat der Dichter sich die Zeit gedacht, in der schon die ersten auf Neuerung und Umgestaltung abzielenden Gedanken und Bestrebungen in dem abgeschlossenen Frauenstaat Eingang gefunden haben. Das in sprachschönen, flüssigen Versen geschriebene, geistvolle Stück, dessen Personenverzeichnis vierzehn zumeist außerordentlich dankbare Frauenrollen und nur zwei Männerrollen enthält, war vom Intendanten Geh. Hofrat Max Grube feinsinnig inszeniert und fand eine vorzügliche, temperamentvolle Darstellung. Das gutbesetzte Haus brachte dem behaglichen Humor, von dem die Dichtung durchweht ist, ebenso wie den ernsteren Teilen der fesselnden Handlung gutes Verständnis entgegen. Es bereitete dem Werke eine überaus freundliche Aufnahme und spendete ihm, den Darstellern und dem anwesenden Dichter reichen Beifall.

Die neue Leitung des Berliner Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhauses.

In Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhaus zu Berlin fand am Dienstag die zweite Gläubigerversammlung statt. Nach Aufstellung eines gerichtlichen Bücherrevisors betragen die Schulden des Direktors Nordau rund 350 000 Mark. Verschiedene Forderungen sind jedoch noch gar nicht gebucht. Wie ein Vertreter des Direktors Nordau erklärte, werden die Gläubiger durch die Uebernahme des Theaters seitens Fräulein Adele Hartwig und Herrn Toni Impekoven zum großen Teil befriedigt werden.

Vermischtes.

4 Päpste gestrichen.

Auf Befehl des Papstes wurden auf Grund des Berichtes der vatikanischen Kommission für historische Studien vier Päpste aus dem 9., 10. und 11. Jahrhundert als nicht existierend aus der amtlichen Papstchronik gestrichen. Pius X. ist nunmehr nicht der 263., sondern der 259. in der Reihe der Päpste.

„Nur für Milliardäre!" Das exklusive amerikanische Milliardärsmodebad Newport wurde in der letzten Zeit mehr und mehr auch von solchen Elementen aufgesucht, deren Anwesenheit den Milliardären alten Schlages, wie den Vanderbilts, Astors, Havemeyers im höchsten Grade unerwünscht war. Jüngst erhielten sie sogar Kenntnis davon, daß ein besonders frecher Eindringling beabsichtige, sich in nächster Nähe ihrer Paläste ein Schloß zu bauen und so den harmonischen Frieden des Milliardärzirkels zu stören. Ja aller Stille vereinten sie sich, und in letzter Stunde hat der Milliardärs-Bund sich das Baugrundstück noch sichern können. Auch eine andere, ziemlich große Landfläche, die in kleineren Lesen aufgeteilt werden sollte, damit auch Minderbegüterte sich in dem berühmten Seebade ein Häuschen bauen könnten, brachte der Milliardärs-Zirkel in seinen Besitz, und so ist die Exklusivität von Newport mal wieder auf eine geraume Zeit sicher gestellt.

Selbst gestellt. Der Polizei in Peine (Hannover) stellte sich freiwillig der Dienstknecht Holland aus Ilsede, der im Verdacht steht, vor sieben Jahren in Heiligendorf den Dienstknecht Hirsch ermordet zu haben. Er erklärte, daß er unschuldig sei. Der andere Dienstknecht sei von seinem eigenen Geschirr überfahren worden. Er habe in den Zeitungen von dem auf ihm ruhenden Verdacht gelesen und sich deshalb sofort freiwillig gestellt, um den wahren Sachverhalt aufzuklären. Holland wurde in Gewahrsam behalten.

Die Gefahren der Bärenjagd. Am 29. Dezember erlegte, wie aus Kaluga gemeldet wird, A. J. Jensen, Mitglied des Moskauer Jagdvereins, einen 480 Pfund schweren Bären. Bären von solcher Stärke zählen zu den größten Seltenheiten. Am selben Tage veranstaltete eine andere Gruppe von Moskauer Jägern in Smolensk eine Bärenjagd. Einer der Jäger, Ljapinin, verwundete den Bären, der sich auf ihn warf, ihm das Gesicht und die Arme zerbiß und ihn aufs fürchterlichste zerfleischte, bis die Kameraden herankamen und das Tier töteten. Der Bär wog 390 Pfund. Ljapinin wurde nach Moskau ins Krankenhaus gebracht. Trotz seinen entsetzlichen Wunden hat man Hoffnung, ihn wiederherzustellen.

Die erste drahtlose Verbindung Newyork—Berlin ist jetzt zustande gekommen. Der Newyorker Telefunkenstation ist es gelungen, mit der Station Nauen bei Berlin, die jetzt nach Aufstellung des neuen Funkenturmes über eine erheblich größere Reichweite verfügt, in Verbindung zu treten.

Sport-Nachrichten.

Winterfest Braunlage. Welchem Anhänger des schönen Schnee-, Schlitten- oder Eissports schlägt nicht das Herz, gedenkt er der herrlichen Rauhreif- oder Schneelandschaft, die jetzt in und um Braunlage zu sehen ist! Frau Holle war Braunlage gnädig und schickte beides. Darum beraumte die Kurverwaltung unter tätiger Mitwirkung des durch seine außerordentlichen sportlichen Leistungen rühmlichst bekannten Skiklubs Braunlage von 1892 für die Tage vom 18. bis 20. Januar 1913 ihr erstes diesjähriges großes Winterfest an. Die tüchtigsten Läufer und Springer des ersten Sportnestes haben sich bereits in den ersten vorwinterlichen Schneetagen vorzüglich trainieren können und versprechen schneidigen Sport in den Langläufen als auch besonders in den Sprunglläufen zu bieten. Besonderen Reiz erhält das Fest durch den Austrag der Wanderpreise für den besten Springer und für die besten Rodler; letzteren zu erwerben, steht jedem Festbesucher offen. Die Eiskonkurrenzen werden besonders bereichert durch die Läufe verschiedener Kunstläufer. Auch Nichtsportler kommen durch den unterhaltenden Teil der Festordnung sicher auf ihre Rechnung. — Ein sicheres Zeichen, daß das Beste geboten werden wird, ist die Tatsache, daß der Regent des Herzogtums Braunschweig und seine Gemahlin ihr Erscheinen zu dem Feste zugesagt haben.

Clausthal-Zellerfeld, 15. Jan. Die am Freitag einsetzenden Schneefälle, die im ganzen Oberharz eine durchschnittliche Höhe von 5 Zentimeter erreicht haben, genügen nicht, größere Wettläufe (namentlich Sprunglläufe) abzuhalten. Daher müssen die großen Verbandswettläufe des Oberharzer Skiklubs, sowie das Winterfest der Ortsgruppe Clausthal-Zellerfeld verschoben werden. Ein neuer Termin wird frühzeitig bekannt gegeben.

Akademische Fußball-Meisterschaft von Deutschland. Die unter der Oberaufsicht des Deutschen Fußball-Bundes vom Akademischen Sport-Bund ausgeschriebene Meisterschaft hat 21 Nennungen von 16 Universitätsstädten erfahren. Als aussichtsreichste Bewerber gelten Bonn, München und Leipzig.

Letzte Depeschen.

Erklärung des Landwirtschaftsministers.

W. **Berlin**, 15. Jan. In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erklärte der Landwirtschaftsminister von Schorlemer, daß die Einfuhrerlaubnis für ausländisches Fleisch und lebendes Vieh mit dem 1. April 1913 voraussichtlich nicht aufhören werde, daß es vielmehr notwendig sei, diese Erlaubnis bis 1. April 1914 bestehen zu lassen. Die Maßregeln der Regierung zur Einschränkung der Fleischnot hätten sich bewährt, ohne daß die Landwirtschaft Nachteile gehabt hätte. Auf eine Anfrage erklärte der Minister, daß eine Ermäßigung der Futtermittelzölle nicht beabsichtigt sei.

Am Vorabend der Präsidentenwahl.

W. **Paris**, 15. Jan. Die Vollversammlung der Republikaner trat heute nachmittag im Palais de Luxembourg zusammen, um die Kandidaten für die Präsidentschaft der Republik zu bestimmen. 748 Parlamentarier hatten Einladungen erhalten. Bei der Abstimmung fielen von 633 abgegebenen Stimmen 180 auf Poincaré, 174 auf den Ackerbauminister Pames, 107 auf den Senatspräsidenten Dubost, 83 auf den Kammerpräsidenten Deschanel, 52 auf Ribot, 22 auf Jean Dupuy, 7 auf Delcassé und eine Stimme auf Clemenceau. Es wurde sodann zum zweiten Wahlgang geschritten.

Die Londoner Konferenz.

b. **London**, 15. Jan. Die Versammlung der Delegierten des Balkanbundes beschloß, die Antwort der Pforte auf die Note der Mächte abzuwarten, bevor sie einen neuen Schritt unternehmen. Sekretär Norman war in der Versammlung anwesend, da einige Protokolle der Friedenskonferenz unterzeichnet werden mußten. Nach der Versammlung herrschte lebhafte Bewegung unter den Delegierten, die darauf mehrere Botschaften besuchten.

b. **London**, 15. Jan. Die Delegierten der Verbündeten traten um 1 Uhr nachmittags zu einer Beratung zusammen.

In Adrianopel — alles wohl!

W. **Konstantinopel**, 15. Jan. Das Kriegsministerium veröffentlicht ein Telegramm des Kommandanten von Adrianopel vom 13. Januar, welches besagt: Die Familien aller Offiziere sind am Leben, ihr Gehalt ist bezahlt und Lebensmittelrationen verteilt worden.

Das Befinden des Serbenkönigs.

b. **Belgrad**, 15. Jan. Die in mehreren Blättern verbreiteten beunruhigenden Nachrichten über das Befinden des Königs sind vollkommen unrichtig. Der König ist wiederhergestellt und hat seine Tätigkeit aufgenommen, da die rheumatischen Schmerzen nachgelassen haben.

Katastrophe auf See.

W. **London**, 15. Jan. Der Dampfer „Werner Kunstmann" (in Stettin beheimatet) ist gestern abend bei Goswick auf Grund geraten. Es entstand Feuer an Bord, das 5 Stunden wütete. Die Besatzung war kurz vorher bei niedrigem Wasserstand an Land gegangen und konnte nicht wieder an Bord gelangen. — Wie aus Southhields gemeldet wird, ist die russische Viermastbark „California" bei den St. Marysinseln, sechs Meilen von Tyne entfernt, bei Nacht auf Grund geraten und sofort in Stücke gebrochen. Der Kapitän und 7 Mann wurden gerettet, 10 Mann sind ertrunken.

C. **Leipzig**, 15. Jan. Aus Anlaß der Internationalen Baufachausstellung wird in Leipzig in diesem Jahre eine große Werkmeistertagung stattfinden.

Wetterwarte zu Hamburg.

Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.
(Nachdruck verboten.)

17. Januar: Feuchtkalt, Niederschläge, um Null herum.
18. Januar: Frost, Niederschläge, bedeckt, trübe.
19. Januar: Kalt, rauh, bedeckt, trübe.
20. Januar: Frost, vielfach bedeckt, teils heiter.
21. Januar: Um Null herum, bewölkt, teils heiter.
22. Januar: Leicht Frost, wolkig mit Sonnenschein.

Redaktions-Leitung Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für Ausland und letzte Nachrichten: Dr. Karl Baer; für den Inseratenteil: Albert Barth; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. —
einschließlich Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19130116018/fragment/page=0004

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S.,
Alte Promenade 2, gegenüber dem Stadttheater.
Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.")

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 197,25, Disconto 188,37, Deutsche Bank 254,12, Berliner Handelsgesellschaft 168.25, Commerz- u. Discontobank 114,75, Russische Anleihe von 1902 90,62, Türkenlose 157, Lombarden 21,37, Canada 261, Baltimore 104,87, Laurahütte 172, Bochumer Guss 217, Gelsenkirchen 197,50, Harpener 104,12, Deutsch-Luxemburg 167, Phönix 264.37, A. E.-G. 240, Siemens & Halske 218.87, Hamburger Paketfahrt 158.87, Nordd. Lloyd 122,87, Aumetz-Friede 177,12, Hansa 298,25, South-West 120, Schantung 132, Schuckert 147,62, Orenstein & Koppel 205,50. Tendenz: Abgeschwächt.

Am Kassamarkt notierten höher: Deutsche Gasglühlicht 2,50, Kollmar & Jourdan 2,75, Stöhr Kammgarn 2,50, Ver. Glanzstoff-Fabriken 8,25, Oranienburger chem. Fabr. 2, Braunkohlen und Brikett 3, Mannesmannröhren 1,75; niedriger: Harzer Werke 2, Julius Berger 2, Habermann & Gucker 2,50, Adler Fahrrad 7,50, Busch Waggon 2, Dürkopp 4, Eisenwerk Meyer 2, Excelsior Fahrrad 2, Kappel Masch. 6,50, Kronprinz Metall 3,50, Linke-Hofmann-Werke 3,75, Peipers Walzenguss 4,75, Vogtländ. Masch. 9, Annaburger Steingut 2, Bergisch-Märk. Industrie-Gesellsch. 3,50, Delmenhorst Linoleum 2, Karl Lindström 2, Naphtha Produkt.-Ges. 2,75, Planiawerke 4, Schalker Glas 3,50, Schwanebeck Zement 2, Akkumulatorenfabrik 3, Union chem. Fabr. 2.75, Königsborn 2, Hoesch 2, Gebhardt & König 3, Saxonia Zement 2, Stettiner Chamotte 2, Wanderer-Werke 2, Hasper Eisen 2,50, Deutsche Waffenfabr. 4,50.

•

Zum Kurszettel. Berlin, 15. Januar. 4% Badische Staats-Anleihe 08 09 unk. 18 99.75 b. 4% Bayrische Staats-Anl. 100.10G. 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1918 100,10G. 4% Schwarzburg-Sondershausen 98, 5G 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-83 — —. 3% Kameruner Eisenbahn-Anteile — — 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldverschr. gar. 91.50G. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 — —. 4% Darmstädt. Stadt-Anl. 1909 unk 16 98,00 +. 3½% Dessauer Stadt-Anleihe 1896 — — 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 08, 09 97,40bB. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 — —. 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1902 —. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1908 unkv. 1919 — —. 4% Quedlinburger Stadt-Anleihe 1903 unk 1918 —.—.—. 4% Thorner Stadt-Anl 1909 unk. 19 96.50 G. 4proz Hessische Komm.-Obl. X-XII 99,20 G. 3½% Oesterreichische Nord-Westbahn-Obligationen 1874 konv. — —. 4½% Deutsche Solvay-Werke — —. 4½% Elberfelder Farben unk. 1917 103.60 B. Felten & Guilleaume-Lahmeyer 03. 08 98.90b. Vereinigte Lausitzer Glashütten 98,60bG.

Londoner Börse vom 15. Jan. Es notierten: Engl. Konsols 75.00, Rio Tinto 71,50, Geduld 1,12, Goldfields 3,26, Steel com 63.75, Steel prefs. 112.05, Rand Mines 6,76, Anaconda 7.60, Eastrand 2,93, Chartered 1,34, Aurora West 0,50, Cinderella Cons. 1,12, Johannesburg Goldfields 0.18, Van Ryn 4.06, Albus (Generals) 1.06, Rand Collieries 0,43, West Rand Consols 15/6, General Mining & Fin 1$\frac{1}{16}$, A. Görz & Co. 0.75, Modderfontain 12.58.

Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 15. Januar.

	Kauf	Verk.		Käuf.	Verk.
Alexandershall	9600	9300	Hüpstedt	—	2800
Bergmannssegen	6300	6500	Johannashall	4400	4600
Beinsdorf	100	200	Justus-Aktien	100%	102%
Burbach	12500	13500	Kaiseroda	8550	[illegible]
Buttlar	750	785	Krügershall	135%	140%
Carlsfund	5950	6150	Mariaglück	1100	1150
Carlsglück	1650	1700	Max	2650	2750
Fallersleben	1350	1425	Neusollstedt	3150	3250
Felsenfest	1900	2000	Neustassfurt	11000	12000
Glückauf	1[illegible]	2[illegible]	Reichskrone	575	—
Günthershall	4825	4825	Richard	—	600
Hansa-Silberberg	[illegible]50	580[illegible]	Ronnenberg	11[illegible]%	1[illegible]%
Hedwig	650	725	Rothenberg	2750	2850
Heiligenmühle	1[illegible]25	1675	Salzdetfurth	352%	354%
Heiligenroda	8900	9000	Teutonia	87%	90%
Heldburg	55	54½	Walter	—	—
Heldrungen	850	9[illegible]	Wilhelmine	1275	1375
Herta-Neurungen	1400	1500	Wilhelmshall	860	900
Hohenfels	6600	6900	Wintershall	1[illegible]000	[illegible]7800
Hugo	10500	10500			

Akt.-Ges. Deutsche Kaliwerke Bernterode. Die Generalversammlung am Sonnabend hatte sich mit dem bekannten Antrage auf Uebernahme der Kaliwerk Ludwigshall Akt.-Ges. auf Erhöhung des Aktienkapitals um 3 555 000 Mk. auf höchstens 30 Mill. Mk. zu beschäftigen. Der Vorsitzende Justizrat Dr. Busch berichtete, wie die „Voss. Ztg." mitteilt, dass das Jahr 1912 für die Kaliindustrie recht befriedigend gewesen sei. Aber bei der bevorstehenden sehr grossen Vermehrung der Werke könnte auch der Fall eintreten, dass damit nicht die Vermehrung des Absatzes gleichen Schritt hält und dann die Gewinne der alten Werke zurückgehen dürften. Man habe versäumt, der Vermehrung der Werke einen Riegel vorzuschieben. Kaligesetz könne im grossen und ganzen, und zwar mit Rücksicht auf die Schnelligkeit, mit der es erlassen werden musste, als gut bezeichnet werden, und es hätte auch die von ihm erwarteten Wirkungen besser erreicht, wenn nicht der Bundesrat seine Ausführungsbestimmungen so geregelt hätte, wie sie nach dem Gesetz nicht erforderlich waren, und wenn er auf die Berücksichtigung der Felder ein entscheidendes Gewicht gelegt hätte. Alsdann wäre sicherlich die Vermehrung der Werke nicht in dem Masse erfolgt, wie sie in der Tat eingetreten ist. Allerdings dürfe man nicht ausser acht lassen, dass auch bergpolizeiliche Bestimmungen bei der Vermehrung der Werke mitgewirkt haben, so vor allen Dingen die Anlage eines zweiten Schachtes. Ein nicht geringer Teil der Schuld an der Vermehrung der Werke muss insbesondere dem alten Syndikat beigemessen werden, das nichts getan hat, um die Entstehung neuer Werke zu verhindern. Was eine Aenderung der Gesetzgebung anbelangt, müsse man befürchten, dass der Fiskus sich wieder eine Gegenleistung für die gewährten Vorteile ausbedinge, so dass die Industrie nur ein Danaergeschenk erhalten würde, und der ihr gewährte Nutzen gleich Null wäre. Die Verwaltung ist nach wie vor der Ansicht, dass man einer Vermehrung der Werke am erfolgreichsten begegnen würde, wenn man mehr Wert auf die Einschätzung der Felder legte und danach eine Entschädigung für die Stillegung der Werke berechnete. Die Entwicklung der Deutschen Kaliwerke Akt.-Ges. sei sehr gut gewesen. Die Versammlung, in der 45 Aktionäre ein Kapital von 12 280 000 Mk. vertraten, genehmigte die Anträge der Verwaltung. Von den neuen Aktien dienen 2 051 000 Mk. zum Umtausch in Aktien der Kaliwerke Ludwigshall Akt.-Ges. Sie nehmen vom 1. Januar 1913 ab an der Dividende teil. Die Summe von 2 051 000 Mk. kommt dadurch zustande, dass Ludwigshall noch 20 000 Mk. Aktien selbst besitzt und dass 1 464 000 Mk. Ludwigshall-Aktien im Besitz der Deutschen Kaliwerke Akt.-Ges. sind. Mit Rücksicht darauf, dass die der Deutschen Kaliwerke Akt.-Ges. angehörenden Werke keine Kieserite haben, und daher das Unternehmen noch mit Schwierigkeiten bei der Herstellung von schwefelsauren Salzen zu kämpfen hat, indem es sich die Sulfate anderweitig beschaffen muss, liess sich die Verwaltung ermächtigen, das Kapital um weitere 1 504 000 Mk. erhöhen zu dürfen, das sie beabsichtigt, sich an Gesellschaften zu beteiligen, die über Kieserite und Endlaugenkonzession verfügen. Die Verhandlungen, die nach dieser Richtung eingeleitet wurden, schweben noch. Aus diesem Grunde liess sich die Verwaltung eine Frist, bis zu der diese Kapitalserhöhung durchgeführt sein muss, bis zum 1. Juli 1914 bewilligen, während die Kapitalserhöhung für Uebernahme von Ludwigshall bis zum 1. Oktober 1913 durchgeführt sein muss. Der Antrag auf Zulassung aller noch nicht an der Berliner Börse gehandelten Aktien wird sobald als möglich eingereicht werden.

Die Alkaliwerke Siegmundshall geben pro 1911/12 12 (10) Prozent Dividende. Zugleich wurden die Aktien der Steinhuder Meerbusen auf 60 Proz. und die der Hafenbau- und Betriebsgesellschaft auf 1 Mk. abgeschrieben.

Das Kupferblechsyndikat hat, wie aus Kassel drahtlich gemeldet wird, den Preis für Kupferbleche um 4 Mk. auf 191 Mk. herabgesetzt.

Bielefelder Maschinenfabrik vorm. Dürkopp & Co. in Bielefeld. Die Gesellschaft erzielte in dem am 30. September abgelaufenen Geschäftsjahr nach Abschreibungen in Höhe von 122 033 Mk. (99 013 und 43 060 Mk. auf Delkrederekonto, weitere 200 000 Mk. wurden aus dem Konto für Neuaufwendungen vorweg abgesetzt), wie gemeldet wird, einen Ueberschuss in Höhe von 1 068 025 (1 156 772) Mk. Aus diesem Ueberschuss sollen wieder 28 Proz. Dividende gleich 840 000 Mk. gezahlt werden. Die Tantieme des Aufsichtsrates beträgt 68 736 (75 228) Mk. Dem Unterstützungsfonds werden wieder 10 000 Mk. überwiesen. Zum Vortrag auf neue Rechnung gelangen 49 289 (31 543) Mk. In dem Geschäftsbericht führt die Verwaltung unter anderem folgendes aus: In dem abgelaufenen Geschäftsjahr konnten wir uns in allen Abteilungen einer guten Beschäftigung erfreuen, so dass wir wiederum eine Umsatzsteigerung zu verzeichnen haben. In das Berichtsjahr fallen das erhebliche Anziehen der Preise für Rohmaterial, erhöhte Aufwendungen für Gehälter und Löhne und die durch die Werksvergrösserung entstandenen beträchtlichen Kosten. Dagegen liess sich eine durchgreifende Preiserhöhung in Fertigfabrikaten nicht durchführen. Die erwähnte Werksvergrösserung kam für das verflossene Jahr noch nicht in Betracht, da die Inbetriebsetzung erst gegen Schluss des Geschäftsjahres möglich wurde. Unser Unternehmen in Graz hat einen zufriedenstellenden Gewinn gebracht. Die Aussichten für das neue Geschäftsjahr erscheinen bis jetzt befriedigend.

Maschinenfabrik Kappel. Die Lage in der Stickereibranche ist recht ungünstig geworden. Im Vogtlande feiern mehrere hundert Stühle. Das bleibt auf den Geschäftsgang bei der Maschinenfabrik Kappel nicht ohne Einfluss. Es werden neue Arbeiterentlassungen vorgenommen. Zurzeit sind nur noch etwa 800 beschäftigt gegen 1600 in Hochkonjunkturzeiten. In den nächsten Tagen wird eine Aufsichtsratssitzung abgehalten, in der ein Communiqué über den Geschäftsgang des ersten Halbjahres vorgelegt werden wird. Dieser sei nicht befriedigend gewesen. Die jetzige Arbeiterzahl ist die niedrigste seit langen Jahren.

Rolandlinie Akt.-Ges. in Bremen. In der Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, der demnächst stattfindenden Generalversammlung eine Dividende von 7 (5) Proz. vorzuschlagen.

Die Fusionspläne Rhein-Nassau-Friedrichssegen sind gescheitert. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Rhein-Nassau sich ein etwa einjähriges Optionsrecht auf Werlau einräumen wird, um während dieser Zeit genaue Unterlagen über Werlau zu gewinnen.

Die Firma Reinhold Abe & Co., Stahlgusswerk G. m. b. H. in Elsterwerda hat sich mit Rücksicht auf ein bestehendes Fabrikationspatent mit der Firma Langensiepen & Bachmann in Leipzig unter der neuen Firma „Deutsche Diamantstahl Gesellschaft m. b. L. in Leipzig" vereinigt und ihren Betrieb nach dort verlegt.

Gladbacher Spinnerei und Weberei M.-Gladbach. Die Gesellschaft schliesst mit 217 581 Mk. Fehlbetrag ab. Das Vorjahr schloss mit 170 068 Mk. Verlust.

Die Elbschiffahrt ist wegen des starken Eisgangs stromauf wie stromab geschlossen.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 15. Jan. Am Frühmarkt notieren Weizen inländ. 197.00—199.00 ab Bahn u. frei Mühle, Roggen inländ. 171,50—172 50 ab Bahn u. frei Mühle. Hafer, märkischer, mecklenburgischer, pomm., preussischer, posenscher und schlesischer fein 191—204, mittel 175—190, gering — — russisch und Donau mittel — — —, gering — — — ab Bahn und frei Wagen. Mais, weisser Natal — —, amerik. mixed 165—167, runder 155.00—157.00 frei Wagen. Gerste, inländ. Futtergerste, mittel und gering — — —, gute 164.00—183.00, russische und Donau leichte 164.00—167.00, schwere 168—170 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische u. ausländische Futterware mittel 173 182, Taubenerbsen 183—194 ab Bahn u. frei Wagen. Weizenmehl 00 24.25 28.00. Roggenmehl 0 und 1 21.50—23.60. Weizenkleie 11.25—11.75. Roggenkleie 11 50—12.00.

Pest, 15. Jan. Weizen per April 11 83 G., 11.84 B., Okt. 11.96 G., 11.97 B. Roggen per April 10.25 G., 10.26 B. Hafer per April 10.84 G., 10.85 B. Mais per Mai 7 70 G., 7.71 B, Juli 7.89 G., 7.90 B. Raps August 15.90 Tendenz ruhig.

Antwerpen, 15. Jan. Deutscher La Platazug, Kontrakt B per Jan. 5.90, März 5.90, Mai 5.92½, Juli 5.92½, Sept. 5.92½ Umsatz 165 000 kg. Tendenz: Ruhig.

Liverpool, 15. Jan. Stetig. Roter Winterweizen per März 7—5⅞, per Mai 7—3½, Mais Jan. 5—2¾, La Plata Febr. 5—2⅞.

Zucker.

Magdeburg, 15. Jan. Ruhig. Januar 9.47½, Febr. 9.45, März 9.57½, Mai 9.80, August 10 02½, Oktober-Dez. 9.92½.

Hamburg, 15. Jan. Rübenrohzucker, 1. Produkt, Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends	
per Januar	9.40	9.45	9.45	M.
„ März	9.57½	9.57½	9.57½	„
„ Mai	9.80	9.82½	9.80	„
„ August	10.05	10.05	10.02½	„
„ Oktober	9.90	9.92½	9.95	„
„ Dezember	9.95	10.00	9.95	„
	stetig	ruhig	ruhig	

Kaffee.

Hamburg, 15. Jan. Godo average Santos

	vorm.	nachmittags	abends
per März	68.50 G.	68 50 G.	68.50 G.
„ Mai	69.25 G.	69 00 G.	69.00 G.
„ September	69 50 G.	69 25 G.	69.25 G.
„ Dezember	69.00 G.	68.75 G.	68.75 G.
	ruhig	ruhig	ruhig

Havre, 15. Jan. Kaffee good average Santos per März 84 50, Mai 85.00, per Septbr. 85 50, per Dez. 85.50. Stetig.

Rio de Janeiro, 15. Jan. Kaffee-Zufuhren 5000 Sack in Rio, 15 000 Sack in Santos.

Kartoffelmehl und Stärke.

Magdeburg, 15. Jan. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 25.25—25.85. Fest.

Spiritus.

Nordhausen, 15. Jan. Branntwein 35 Vol. Proz. für 100 kg (104—105 l) 91.75 92.75 M., do. 40 Vol. Proz. für 100 kg (105 bis 106 l) 93.75—94.75 M. per loko 1912 ohne Fass ab Brennerei.

Fettwaren und Oele.

Hamburg, 15. Jan. Stadtschmalz 60.00, amerikan. Steam 51.00, Chamberlain 52.50.

Köln, 15. Jan. Rüböl loko 68.00, per Mai 66.00.

Chemische Produkte.

Hamburg, 15. Jan. Chilisalpeter per loko 11.45, Febr.-März 11.52½, frei Fahrzeug Hamburg. Tendenz: Stetig.

Wolle.

Bremen, 15. Jan. Baumwolle Upl. loko middl. 63.75.

Liverpool, 15. Jan. Baumwolle, Umsatz 8 000 Ballen, Import 3 000 Ballen, davon amerik. Lieferg. 3000 Ballen.

Liverpool 15. Jan. Aegypt. Baumwolle per März 9.87.

Alexandria, 15. Jan. Aegyptische Baumwolle per März 18.15, Mai 18.19, Nov. 18.00.

Berliner Viehmarkt.

Berlin, 15. Jan. Städt. Schlachtviehmarkt. (Amtl. Bericht) Es standen zum Verkauf: 174 Rinder (68 Bullen, 26 Ochsen, 80 Kühe u. Färsen), 1761 Kälber, 1877 Schafe, 14698 Schweine. Kälber a) Doppelender feiner Mast 95—108 (136—154), b) feinste Mast-(Voll-Mast) u. beste Saugkälber 72—75 (120 125), c) mittlere Mast- und gute Saugkälber 64—68 (107—113), d) geringe Saugkälber 45—53 (82 96). Schafe: Mastlämmer u. jüngere Masthammel 44—47 (90 96), ältere Masthammel 39—42 (80—86), mässig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 30—38 (64 bis 81). — — Schweine: a) Fettschweine über 3 Ztr. 66 (83), b) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen bis 3 Ztr. 65—66 (81 83), c) vollfleischige der feineren Rassen u. deren Kreuzungen bis 2½ Ztr. 62—66 (78—82), d) fleischige Schweine 61—64 (76—80), e) gering entwickelte Schweine bis — (bis —), f) Sauen 61—62 (76—78).

Tendenz: Vom Rinderauftrieb blieben einige Stücke unverkauft. Der Kälberhandel gestaltete sich glatt. Bei den Schafen fand der Auftrieb glatt Absatz. Der Schweinemarkt verlief langsam, wird auch nicht geräumt.

Metalle.

London, 15. Januar. — Chili-Kupfer fest 71, 3 Mon. 71¼, Zinn, Straits stetig 229, 3 Mon. 226¾. Blei span., willig 16⅞, engl. 17⅜, Zink, gewöhnl. Marke, ruhig 26⅛, spez. Marke 27.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	15. I.	14. I.		15. I.	14. I.
Weizen p. Mai	100⅞	100⅛	Roggen loko	64	64¾
„ „ Juli	98⅝	98⅛	Schmalz p. Jan.	9,75	9.70
Mais loko	57¾	57½	„ „ Mai	9,97	9,90
Mehl Spring cl.	3,85	3,85	**New York**		
Chicago.			Petroleum in Cases	10,80	10,80
Weizen p. Mai	95	94⅛	do. in Stard. White	8,50	8,50
„ „ Juli	91⅞	91	do. in Cred. Balanc.	205	205
Mais p. Mai	52⅝	51⅝	Kaffee loko	13⅞	13⅞
„ „ Juli	53¼	52½	„ p. Jan.	13,20	13,23
Hafer p. Mai	34⅝	34	„ „ März	13,47	13.51
„ „ Septbr.	34⅜	33⅞			

Tendenz: Weizen stramm. Mais fest.

Schiffsnachrichten.

Hamburg-Amerika-Linie.

(Bureau in Halle: Georg Schultze, Bernburgerstr. 32.)

Nordamerika: Hamburg 11. Jan. von New York nach Genua. Karl Schurz 11. Jan. morgens in Philadelphia. Patricia 11. Jan. von New York nach Hamburg. President Grant 11. Jan. von Halifax nach New York. Vitoria Luise 11. Jan. morgens in New York. Cincinnati 12. Jan. von Palermo. — Südamerika, Westküste Amerikas: Bavaria 10. Jan. in St. Thomas. Kronprinzessin Cecilie 11. Jan. von Tampico. La Plata 10. Jan. von St. Thomas nach Hamburg. Sarnia 11. Jan. 2 Uhr nachm. in Antwerpen. — Westindien, Mexiko: Numantia 10. Jan. in Paranagua. Palatia 11. Jan. von Montevideo. Rugia 12. Jan. in Lissabon. Siegmund 11. Jan. morgens in Santos. Macedonia 11. Jan. in Hamburg. Karthago 12. Jan. von St. Vincent. Bermuda 12. Jan. in Cadiz. — Ostasien: Spezia 11. Jan. in Hamburg. Suevia 11. Jan. nachm. in Port Said. Fürst Bülow 11. Jan. in Dalny. Senegambia 11. Jan. in Hamburg. Silesia 12. Jan. von Malta nach Port Said. Armenia 11. Jan. von Kobe nach Moji. Schwarzburg 12. Jan. von Cuxhaven nach Algier. Sachsen 13. Jan. von Hamburg nach Algier. — Verschiedene Fahrten: Ekbatana 11. Jan. in Maskat.

Norddeutscher Lloyd in Bremen.

(Bureau in Halle: L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse.)

Neueste Dampferbewegungen:

Prinz Friedrich Wilhelm 12. Jan. von Cherbourg. Craigvar 13. Jan. in Antwerpen. Erlangen 12. Jan. in Santos. Crefeld 11. Jan. von Funchal. Würzburg 13. Jan. in Antwerpen. Norderney 10. Jan. in Buenos Aires. Sierra Nevada 12. Jan. von Coruna. Hermiston 10. Jan. in Antwerpen. Scharnhorst 10. Jan. in Aden. Westfalen 13. Jan. in Brisbane. Bremen 12. Jan. in Colombo. Derfflinger 11. Jan. von Neapel. Prinz Eitel Friedrich 13. Jan. von Antwerpen. Berlin 12. Jan. von Gibraltar. George Washington 13. Jan. in Bremerhaven. Neckar 11. Jan. von Baltimore. Breslau 12. Jan. von Galveston. Bonn 13. Jan. in Oporto. Altair 11. Jan. von Santos. Eisenach 12. Jan. von Vigo. Wittekind 11. Jan. von Buenos Aires. Roon 12. Jan. Ouessant pass. Chemnitz 13. Jan. in Bremerhaven. Lothringen 10. Jan. von Newcastle. Lützow 11. Jan. in Aden. Prinz Ludwig 12. Jan. in Kobe. Prinzess Alice 11. Jan. von Gibraltar. Kleist 12. Jan. in Singapore. Prinz Sigesmund 11. Jan. von Sydney. Prinzregent Luitpold 13. Jan. in Marseille. Prinz Heinrich 10. Jan. von Neapel. Schleswig 11. Jan. von Alexandrien. Manila 13. Jan. von Friedr. Wilh. Hafen.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	14. Jan.	+0,98	15. Jan.	+0,[illegible]2	6	—
Nebra Oberpegel	„	+2,13	„	+2,38	18	—
„ Unterpegel	„	+,54	„	-,50	4	—
Weissenfels, Oberpegel	„	+2,44	„	+2,3[illegible]	6	—
„ Unterpegel	„	+0,3[illegible]	„	+0,10	20	—
Trotha	14. „	+1 60	15. „	+1.[illegible]0	—	—
Alsleben, Oberpegel	13. „	+2.46	14. „	+2.42	4	—
„ Unterpegel	„	+1,49	„	+1,26	22	—
Bernburg	„	+1.69	„	+1,62	7	—
Kalbe, Oberpegel	„	+1.78	„	+1.75	1	—
„ Unterpegel	„	+1.38	„	+1,32	6	—

Iser. Eger. Elbe. Moldau.

	Jan.		Fall	Wuchs		Dez.		Fall	Wuchs
Jungbunzl.	14.	—0,0[illegible]	1[illegible]	—	Wittenberg	15.	+1,92	26	—
Laun	„	—0,[illegible]	15	—	Rosslau	„	+1,34	21	—
Budweis	„	—0,14	2	—	Barby	„	+1,44	37	—
Prag	15.	—0,18	4	—	Schönebeck	„	+1,18	33	—
Pardubitz	14.	—0 2[illegible]	[illegible]	—	Magdeburg	„	+1,26	26	—
Brandeis	„	+0,36	9	—	Tangermde.	„	+2,38	14	—
Melnik	„	—0,14	27	—	Wittenbrge.	„	+2,18	15	—
Leitmeritz.	15.	—0,23	19	—	Dömitz	14.	+1,86	9	—
Aussig	„	—0,04	14	—	Boizenburg	„	+1,74	16	—
Dresden	„	—1.30	4	—	Hohnstorf	15.	+1,70	14	—
Torgau	„	+0.78	12	—	Lauenburg	„	+1,71	4	—

Aussig, 15. Januar. — Pegelstand plus 0,04 m. Vom Oberlauf werden 0.63 m Fall gemeldet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19130116018/fragment/page=0005

Berliner Börse, 15. Jan. 1913

Die Rubrik in Cursvorschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: 1 J. Jan. | 1 A. Apr. | 1 J. Juli | 1 O. Okt. | 1 J. 1. 7. | 1 J. 4. 10. | 1 J. 5. 3. 9. | 1 J. 15. 5. 12. | 1 J. quartalsl. 1. 1. 4. 7. 10. | 1 J. 1. 2. 3. | 1 M. Mai | 1 M. Aug. | 1 M. Nov. | 1 J. 1. 2. 8. | 1 J. 1. 5. 11. | 1 J. 15. 4. 10. | 1 J. 1. 4. 7. 10. | 1 J. 1. 3. 6. 9. 12. | 1 J. 31. Mrz. | 6 J. Juni | 1 J. Sept. | 1 J. Dez. | 1 J. 2. 5. 8. | 1 J. 15. 2. 11. | 1 J. 15. 5. 11. | 1 J. verschr. 1. 3. 6. 9. 12.

Berechnungssätze: 1 Fr. Ltrs. Lsw. Posts: 80 Pf. — Cent. 1 fl. Gold: 2 M. Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 1 fl. sudd.: 1,71. 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,125. — 1 Rbl.: 2,16. Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Pesos: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 6 %, Lombardzinsfuß 7 %, Privatdiskont 4⅝ %. Nachdr. verb.

| | | |